

Volksmacht

Anzeigenpreis:

Die 6spaltige Zeile 25 Bg. für anwärts 30 Bg., die 2spaltige Reklamezeile 80 Bg. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Bg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.

Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Die Volksmacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Bezugspreis monatlich 35 Bg., vierteljährlich 1,00 Mk., einschließlich Postgebühren. In den Abholstellen monatlich 30 Bg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk. einschließlich Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf.

Organ für die werftätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 41

Danzig, Sonnabend den 14. Oktober 1916

7. Jahrgang

Freiheit der Meere

Die von England und Frankreich erfolgte Aufhebung der Londoner Seerechtsdeklaration hat die Aufmerksamkeit des Binnenlandes auf die Seerechtsfragen gelenkt. Großen Teilen unserer Öffentlichkeit scheint allerdings die „Freiheit der Meere“ bloß ein Schlagwort zu sein, das erfunden ist, um die Kriegsleidenschaften aufzupeitschen. Andere schätzen die Bedeutung der Frage nicht hoch genug, um ihr ernstes Nachdenken zu widmen. Im Frieden, so meinen sie, sei diese Freiheit ja selbstverständlich. Im Krieg aber, der das Recht erfahrungsgemäß nur so weit gelten lasse, als hinter ihm die Macht steht, sei eine rechtliche Regelung der Hochseeschifffahrt ohnehin nutzlos.

Indessen trifft dies Urteil weder auf den Frieden noch auf den Krieg zu. Wichtig ist bloß, daß in dem letzten Jahrhundert vor diesen Kriegen die Meeresfrage praktisch für kein Volk aktuell geworden ist. Dadurch ist ihr geschichtlicher Zusammenhang in dem Bewußtsein der festländischen Öffentlichkeit untergegangen. Durch all die langen Jahrhunderte, die Europas Küstenstaaten wieder in größerem Ausmaß die Hochsee befahren, hat das Seerecht die Geister lebhaft beschäftigt. Es hat die Nafeinsinteressen mancher Staaten tiefinnerlich berührt und seine Störungen haben den Frieden Europas nicht selten bedroht. Die höchste Steigerung hat der Kampf um die Freiheit der Meere in zwei geschichtlichen Maßregeln erfahren. In der englischen Schiffahrtssakte vom Jahre 1651 und in Napoleons Kontinentalperre vom Jahre 1806. Beides waren Maßregeln von gleich tief einschneidender Wirkung, wenn auch von sehr ungleichem Enderfolg.

Der Weltkrieg hat die Bedeutung der Seebegrenzung jählings der ganzen Welt wieder ins Bewußtsein gebracht durch die geplante Aushungerung von 120 Millionen Menschen. Daß sich dieser Plan als undurchführbar erweisen sollte, beweist wenig die Unmöglichkeit eines Völkerrechtszustandes, der hierbei auch nur möglich erscheinen läßt. Es ist kaum anzunehmen, daß sich irgend jemandes Rechtsbewußtsein mit einer Lage abfinden kann, die das Dasein von Millionen auch nur gegebenenfalls in das Belieben einer dritten Macht stellt. Diese Millionen wären dann nur noch frei in dem Sinne, wie der bedingt Verurteilte auf Widerruf in Freiheit gesetzt ist.

Worum besteht nun die sogenannte Freiheit der Meere, das „Mare liberum“ des Hugo Grotius, des ersten großen Völkerrechtslehrers der Neuzeit? Das Meer ist, nachdem die frühere Küstenschifffahrt mit kleinen Booten zur Hochsee- und Dampfschifffahrt erweitert ist, zwischen den Ländern und Wohnhäusern der Bürger. Es ist das allen unerläßliche, allen gemeinsame Mittel der Bewegung und des Verkehrs. Diese Notwendigkeit drückt das Völkerrecht in dem Satz aus: Die offene See ist keiner Staatsgewalt unterworfen, ist gemeinsames Gut aller. Seebegrenzung ist daher im Begriff schon nicht mehr rechtlicher Natur, sondern rein tatsächliche Gewalt jenseits des Rechts. Das Völkerrecht kennt eine beherrschte Hochsee überhaupt nicht; bloß Küsten- und Binnen-gewässer stehen unter Staatshoheit.

Das freie Meer widerstrebt an sich der Beherrschung durch staatliche Mittel. Es ist zu unermeßlich, um sich in Fesseln schlagen zu lassen. Nicht so die Schifffahrt zu Meere. Denn sie strebt vom Heimat- zum Bestimmungshafen, somit von einem in den andern engbegrenzten Bezirk. Schiffe auf der sogenannten langen Fahrt müssen Zwischenhäfen anlaufen und müssen die Freiheit dazu auch im dritten Küstengebiet haben. Sie müssen Wasser, Proviant und heute vor allem Kohle einnehmen dürfen. Ohne dieses Recht, das ja deshalb heute nicht einmal dem Kriegsschiff im neutralen Hafen verweigert werden darf, ist Hochseeschifffahrt überhaupt undenkbar.

Der Ausgang ins weite Weltmeer führt an vielen Stellen durch schmale Meerengen oder Kanäle, die sich vom Festland aus durch wenige Seidhübe beherrschen und schließen lassen. Das Mitteländische Meer, dieses gewaltige Wasserbecken, um das die ganze Kulturwelt des Altertums Raum fand, ist heute durch die Meerenge von Gibraltar und den Suezkanal, die beide unter der Gewalt Englands stehen, leicht zu verschließen und in ein britisches Binnenmeer umzuwandeln. England kann es zutun wie eine Flasche. Unzulänglich ist der Trost, daß es dies im Frieden ja nicht tut. Ebenso unzulänglich wie daß der Mann, der den Schlüssel zu meiner Wohnung besitzt, ohnehin so gütig und gerecht ist, mich in der Regel nach meinem Belieben aus und eingehen zu lassen. Es genügt, daß ich von seinem Willen abhängen, um den Zustand als Unfreiheit zu empfinden.

Im Frieden des letzten halben Jahrhunderts ist dieser Zustand des Seerechts nicht empfunden worden. Weil England seine allmählich mit List und Gewalt errungene Herrschaftstellung über fast alle Weltseefahrtswege, Meerengen, Kanäle und wichtigen Flottenstationen aus eigenem Interesse — rein tatsächlich, nicht aus Rechtsgründen — so verwaltet hat, daß im Frieden kein Handelsschiff belästigt worden ist. Seit einem Jahrhundert etwa bekann sich England zur Freiheit der Handelschifffahrt wie seit drei Vierteljahrhunderten zum Freihandel. Ob es sich dauernd zu diesem System bekennt, steht ausschließlich in seinem Belieben, das heißt im Beschluß seines Parlaments. Dieses vermag im tiefsten Frieden alle Maßregeln anzuwenden, um die fremde Schifffahrt zu unterbinden. Durch Friedensmaßregeln, die heute ganz in Vergessenheit geraten sind, weil sie so lange außer Gebrauch sind, deren „Rechtlichkeit“ jedoch unbestreitbar ist. Diese Maßregeln haben durch Jahrhunderte eine große Rolle gespielt. Wenn man die Berichte über die Ententeoffferenz in Paris aufmerksam liest, merkt man deutlich, wie sehr sich die Gedanken der Westmächte um sie bewegen.

Solche Maßregeln sind: einmal der Flaggenzoll. Dies ist die Auflage eines besonderen Zolles auf Schiffe einer bestimmten Nation sowie auf Waren, die mit diesen Schiffen ausgeführt werden. Dann der Zwischenzoll auf Waren, die über einen Hafen verfrachtet werden und der bei der bloßen Landung zu entrichten ist. Ferner die Zollunterzeichnung noch den Waren, die nicht auf heimischen Schiffen zugeführt werden und höher verzollt werden, als die Einfuhr auf heimischen Schiffen. Sie wird heute schon in den Vereinigten Staaten angewendet. Ferner das Verbot, fremde Waren überhaupt auf andern als heimischen Schiffen oder auf Schiffen bestimmter Nationalität einzuführen. Auch das Verbot, die Hafenanlagen zu benutzen, in bestimmten Flottenstationen zu landen oder Kohle zu nehmen. Ebenso die Verweigerung der Schiffskohle überhaupt. Endlich der sogenannte Sundzoll, eine besondere Abgabe beim Passieren eines Kanals oder einer Meerenge, wie sie von Dänemark lange Zeit im Sund auch tatsächlich erhoben worden ist. Die höchste Steigerung dieser Beschränkungen ist das allgemeine Landungsverbot (Kontinentalperre).

Solche Vorkehrungen werden durchaus auf eigenem Hoheitsgebiet getroffen, liegen in der souveränen Willkür der Gesetzgebung des Einzelstaates und können rechtlich nicht bestritten werden. Kommen sie zur Anwendung, so wird die betroffene seefahrende Nation darin natürlich einen „Kriegsfall“ sehen. Aber gerade dies beweist, daß schon bei nicht aufgehobenem Völkerrecht heute die seefahrenden Nationen unter Umständen nur das Hilfsmittel des Krieges haben, um ihre Lebensinteressen zu wahren. Denn die Aufschrift auf dem Bremer Kaufmannshaus: Navigare necesse est, vivere non est necesse. Seeschifffahrt ist notwendig, zu leben ist nicht notwendig, hat heute wenigstens in ihrem ersten Teile für die meisten Völker ohne Zweifel ihre Richtigkeit.

Was wir hiermit beweisen wollen, ist das Folgende. Schon das bisher geltende Friedensrecht reicht für den fortgeschrittenen Weltverkehr nicht aus! Es muß eine der wichtigsten Aufgaben des künftigen Friedensschlusses sein, die allgemeine Verkehrsfreiheit auf dem Meere zu erweitern und sicherzustellen! Aber nun erbt gar das Seerecht im Kriege! Wiederholt wurde der Beweis geführt, daß die unbezweifelbaren Rechte der Neutralen, auf Schiffen ihrer Flagge die Hochsee frei zu benutzen und untereinander wie mit den Kriegsführenden unter gewissen Schranken Handel zu treiben, von England um des Aushungerungsziels willen auf das rückfischteste beeinträchtigt und zum Teil beseitigt worden sind. Die Neutralen sind wehrlos gegen solche Erdrosselung ihrer verbürgten Freiheiten. Sie sind es solange die interozeanen Kanäle, Schifffahrtswege und Flottenstationen in der ausschließlichen Gewalt einzelner sind. Das gilt für Gibraltar und Suez wie nicht minder für Panama. Auf der ganzen Linie geht die Machtstellung an einzelnen entscheidenden Punkten dem Bedürfnis der Völkergemeinschaft voran.

Das ist ein wahrer Notstand, eine rechtliche Not. Sie kann nur behoben werden durch neues Recht. Darum gilt es, nachdem einmal das Uebel so allgemein offenkundig geworden ist, nicht seine Erweiterung und Vertiefung. Die Freiheit der Meere ist es, um auch kein leeres Schlagwort. Sie ist eine wichtige Friedensaufgabe, ein Programm der Friedensverhandlungen für all die die Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren wollen.

Wilhelm Liebknecht zur Landesverteidigung

Eine bemerkenswerte Feststellung, die gerade jetzt wieder aktuell geworden ist, hat das „Hamburger Echo“ gemacht. Es gab Neuierungen aus den neunziger Jahren wieder, die sich auf die Frage der Verteidigung Deutschlands und auf das damals bereits abgeschlossene französisch-russische Bündnis beziehen. Es ist von nichts anderem die Rede als von der Stellungnahme des alten Liebknecht, Karl Liebknechts Vater, zur Landesverteidigung. Wilhelm Liebknecht, der wie kein anderer, außer Marx und Engels, persönliche Beziehungen zu Sozialisten aller Länder hatte und gewissermaßen ein Stück Internationale darstellte, war Ende 1892 in Marseille unter französischen Parteigenossen. Neuierungen, die er dort tat, beschäftigten sowohl die deutsche wie die ausländische Presse stark, und lebhafteste Auseinandersetzungen knüpften sich daran. Der Berliner Korrespondent der Neuen Züricher Zeitung schrieb damals: „Liebknecht hat mit seinem Austritt in Marseille und mit seinen Interviews etwas fertiggebracht, was bisher kein anderer Deutscher mit gleichem Effekt zustande brachte. Er hat vor einer Versammlung von Franzosen in Frankreich selbst erklärt: Quer Geschrei nach Elsaß-Lothringen ist töricht und nutzlos. Wenn ihr einen Angriffskrieg gegen Deutschland unternehmt, so findet ihr auch die deutschen Sozialdemokraten als eure Gegner vor euch. Schließlich schleuderte er auf die russisch-französische Freundschaft seine Mißachtung mit einer Schärfe und Heftigkeit, wie sie nur noch der tiefe Haß erklärt, den die Sozialdemokratie naturgemäß gegen Rußland hegt.“

Alles andere, was Liebknecht sonst über die Beziehungen Frankreichs und Deutschlands jagte, erscheint dem Korrespondenten als rednerischer Biat, um den Franzosen die bittere Bille gelinder beibringen zu können:

„Franzosen, rechnet nicht auf einen inneren Zwiespalt in Deutschlands bei einem Machetrieg wegen Elsaß-Lothringens; denn wir in Deutschland sind alle einig, uns gegen einen Revanchezug zu wehren, und wir hassen die russisch-französische Freundschaft, die ihr zu diesem Zwecke pflegt und ausnützen wollt!“

Das sei der politische Kern von Liebknechts Ausführungen, meinte der Korrespondent des schweizerischen Blattes.

Ganz natürlich blieben auch die Entstellungen und Verdrehungen von Liebknechts Neuierungen nicht aus, und er sah sich genötigt, diesen entgegenzutreten. Das tat er in einer in Mannheim gehaltenen Rede, in der er einleitend darauf hinwies, ihm sei das eigentümliche Schicksal passiert, daß die französischen Chauvinisten ihn verjahren hätten und die deutschen Chauvinisten über ihn hergefallen seien. Dann setzte er den Begriff des internationalen Sozialismus auseinander und bemerkte dazu: „Ich habe in Marseille keinen neuen Gedanken ausgesprochen, sondern nur dem Gedanken, der das deutsche Proletariat schon seit Jahren bewegt, Ausdruck verliehen.“

Weiter bemerkte er, daß er das Milizsystem an Stelle des stehenden Heeres empfohlen habe, um dann zu erklären:

„Das habe ich in Frankreich gesagt, und zwar nicht in einer Rede, denn das wäre ja sehr taktlos gewesen, sondern in Privatgespräch. Und da gestehe ich denn, es hat mich mit großer Freude erfüllt, daß ich, der ich mich zufällig in Frankreich einer gewissen Popularität weit über die Grenzen von Paris hinaus erfreue, wegen meines Protestes gegen die Annexion Gelegenheit hatte, denjenigen Franzosen, welche nach den Gedanken haben, durch einen Krieg Elsaß-Lothringen wieder zu erobern, einmal gründlich den Star stechen zu können, und so will ich es sagen, und ich will hoffen, daß die Herren von der Presse — es sind ja hier wohl Tausende von Zeugen — in ihren Blättern so berichten, wie es hier vor mir vorgetragen wird. Ich sagte: Die Franzosen mögen sich hüten vor dem Gedanken, durch einen Krieg Elsaß-Lothringen wiederzuerlangen. Ihr müßt wohl bedenken, in einem Kriege würdet ihr ganz Deutschland gegen euch haben. Die Art, wie Frankreich jetzt mit Rußland buhlt, und die russische Allianz ist eine Schmach für euch. Würde Deutschland von Frankreich und Rußland angegriffen, und es würde Deutschland nicht gelingen, den Feind aus dem Lande zu werfen, dann würde Deutschland dasselbe Bild zeigen, welches Frankreich vor 100 Jahren — es wurde gerade der Jahrestag der Revolution gefeiert — tat: Deutschland wird daselbe Schauspiel bieten. Wenn die Russen ins Land kommen, dann wird jeder Deutsche — der Sozialdemokrat nicht ausgenommen — den Feind aus dem Lande schaffen helfen. Dann würde selbst ich noch in den Kampf zu ziehen gejonnen sein, um unsere Kultur vor der Barbarei zu schützen.“

Schon vor einem Vierteljahrhundert mußte sich Wilhelm Liebknecht also gegen die Behauptung wehren, er sei — vornehmlich wegen seiner Erklärung über Elsaß-Lothringen — ein Agent der deutschen Regierung. Heute werden die deutschen Sozialdemokraten, die von einem Aufgeben Elsaß-Lothringens nichts wissen wollen, als „Les Socialistes du Kaiser“, als die „kaiserlichen Sozialisten“ bezeichnet. In der Meinung daselbst! Nur — dem alten Liebknecht wurde das entgegengehalten von französischen Chauvinisten. Uns wird es gesagt von französischen und von sogenannten neutralen Sozialisten und — sogar von deutschen Sozialdemokraten!

Insofern ist die Entwicklung weitergegangen. Heute fordern gerade die französischen Sozialisten die Wiedereroberung Elsaß-Lothringens als Kriegsziel und noch einiges andere dazu.

Kriegsnachrichten

Die Kämpfe gegen Mexikaner

Die Kämpfe gegen Mexikaner sind mit bedeutendem Erfolge fortgesetzt worden. In drei letzten Kämpfen, vom 5. bis 8. Oktober, wurde Kintal in Siedlungsbezirk von den Feinden befreit. Es wurde so erdbeerig gekämpft, daß in der Stadt 24 Stunden lang in Straßen und Häusern gerungen wurde. Erst am 9. Oktober früh fiel die Entscheidung zugunsten der deutschen Truppen und ihrer Verbündeten.

Die Leistung der U-Boote vor Nordamerika

Eine Neuter-Relativität aus Newport enthält folgende Einzelheiten über die letzten Unternehmungen der U-Boote in der Nähe Nordamerikas. Die Bemerkung und Passagiere der Dampfer, welche am Sonntag verfuhr wurden, sind bekanntlich sämtlich gerettet worden. Nur war man sich anfangs im Ungewissen über das Schicksal der Leute an Bord des als „Kingston“ benannten Dampfers, da ein solcher Name in den Schiffsregistern nicht geführt wird. Später wurde gemeldet, daß Besatzung des „Kingston“ unterwegs seien, und so herrscht nun auch über sie keine Besorgnisse mehr. Nach Meldungen aus Washington geben die amerikanischen Behörden zu, daß sämtliche Kriegsschiffe das Recht haben, den Regeln des internationalen Rechtes gemäß U-Boote zu verwenden. Man befürchtet aber, daß die Anwesenheit der U-Boote an der amerikanischen Küste schwierige internationale Fragen hervorrufen könnte. Gleichzeitig wird daran erinnert, daß Amerika schon früher den Allerten einen Bink gegeben hätte, ihre Kriegsschiffe aus der Nähe der amerikanischen Küste zurückzuführen.

Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Washington vom 8. Oktober: In der heutigen Mitternachtsstunde wurden schon sechs englische Schiffe als versenkt gemeldet, die aus kanadischen Häfen ausfuhren. Drahtlose Hilferufe laufen den ganzen Tag über ein. 17 amerikanische Zerstörerboote sind zur Hilfeleistung abgegangen. Die Aufregung ist ungeheuer. In Schiffsfahrtskreisen herrscht Panik. Ausreisende Schiffe wurden zurückgehalten, Schiffe auf See gemahnt, ihren Weg zu ändern.

„Deutscher Telegraph“ erzählt, daß beschlossen wurde, die Versicherungsprämien für die Fahrt zwischen Europa und den Vereinigten Staaten zu verdoppeln und die Versicherungen für die Fahrt von den Vereinigten Staaten nach dem Panamakanal, La Plata und Kap der guten Hoffnung um 20 Prozent zu erhöhen. Als die Nachricht eintraf, daß der amerikanische Küste drei deutsche U-Boote an der Arden seien, gingen die Versicherungsprämien noch mehr in die Höhe.

„Wir sind des Blutvergießens müde.“

Der deutsche Kronprinz hat einem Vertreter der „New York Times“ eine Unterredung gewährt, deren Inhalt eine vollständige und radikale Abkehr von den Grundgedanken bedeutet, die vor dem Ausbruch des Krieges betont wurden. „Haben Sie“ fragte der Kronprinz, „als dieses Leid, dieses entsetzliche Verbrechen geschehen? Wieviel junge Kraft und jugendlicher Idealismus geht hier verloren? Wir beweinern nicht nur die deutschen Verluste... Unter all den Generälen und Soldaten, die Sie an der Front gesehen, ist keiner, der nicht wegen der entsetzlichen und furchterlichen Aufgaben trauert, die ihm die zwingende Not auferlegt. Sie haben geteilt das größte Kriegsmaterial, die Umkleide der Verwundeten, gesehen. Granaten, Schrapnells, Bomben, Projektilen mit vergifteten Gasen usw. Jeder General, jeder Offizier läßt gern, daß die Riesenarbeit, welche aus deren Unternehmung verwendet wurde, der Verlängerung des menschlichen Lebens und Befestigung der gemeinsamen Feinde des Menschengeschlechts Krantheiten und andere Hindernisse der Fortschrittsentwicklung gedient hätte.“ „Wir sind müde des Blutvergießens, wir wünschen den Frieden! Gibt es überhaupt noch Hoffnung in der Welt?“

— „Kampf des ans Ende.“ „Lancette“ (Kriegsbericht) meldet aus London, daß der britische Generalstabes Oberbefehlshaber in einer Versammlung in London, das Ende ist noch nicht gekommen. „Wir müssen doch gekämpft sein, für eine Zeitperiode, deren Länge sich noch nicht abschätzen läßt, mit dem Feinde fortzuführen. Kampf des ans Ende ist die Lösung.“ „Wir haben die allgemeine Meinung, daß die Theorie angenommen und wir müssen bei der Anwendung in der Tat ansetzen. Wir haben aber viel davon und ich glaube, daß wir noch mehr tun können.“ „Wir haben in der Welt mehr Möglichkeiten nötig. Wir brauchen eben Mann, der erbeutet werden kann. Es ist die Aufgabe der Regierung, darauf zu bestehen.“

— „Feindlicher Flieger über Stuttgart.“ Sonntag Abend erschien erstmals ein feindlicher Flieger über Stuttgart. Er warf Bomben ab, durch die aber noch der Waidung des B. L. S. weder Personen noch Gebäude getroffen wurden.

Politische Rundschau

Der Reichstag

Am 11. Oktober wieder in einer öffentlichen Sitzung zu kommen. Der Antrag auf Aufhebung des Strafverfahrens gegen Dr. Sieckmann wurde der Weisungs-Kommission übergeben. Die Verhinderung der Wahl des Reichstages am 12. Januar 1915 wurde beschlossen. Die Aussprache über die außerordentlichen Angelegenheiten wurde der vom Abgeordneten-Schiffmann ergebene Bericht der Kommission über den Antrag des Generalsekretärs Dr. Sieckmann, der sich gegen die Forderung des Reichstages und für diesen ausspricht. Als weiterer Redner der Sozialisten sprach General Sieckmann. Man wird wohl noch keine Ausführungen von. Als er von der Verhinderung der Wahl sprach, erklärte er, daß er etwas Neues in seine Rede einbringen würde. Das Wort wurde dann durch den Reichstagspräsidenten mit einem leichten Lachen auf. Wie er dann erklärte, daß das was transmittiert sei, transmittiert werden muß, daß das was beige ist, beige werden muß, daß das was schwarz ist, schwarz werden muß, regte

... auf der Linken und der Mitte Zustimmung. Sein Hinweis, daß alle Völker den Krieg satt hätten, findet keinen Widerstand. Dann geht er auf die Lebensmittelpolitik ein. Die Kartoffelnot nennt er geradezu aufreizend, spricht angelehnt an die Regierung die dringende Warnung hier einzugreifen und die Lebensmittelorganisation planmäßiger zu gestalten. Belagerungszustand und Senfur werden von ihm schon gegeneinander auf die Unterschiede hin, die von der Senfur gegenüber der extremen Rechten und der extremen Linken gemacht werden. Er fordert die Hofhaltung des Gen. Dr. Meiring. Dany streifte er die Treiberen an den Reichstagen, nennt Dr. Wildgrube, den die Konventionen leicht in Djanq-Grimma als Kandidaten aufgestellt haben, einen der wildsten Heger und findet ihm lebhaften Beifall. Er ist davon überzeugt, daß die verheißene innerpolitische Neuorientierung der wackere Grund der konservativen Fronde sei. Zwei Jitak aus der Junius-Alt-Broschüre und aus einem Brief des Fürsten Salin-Horsimar an den Kaiser erregen lebhaften Interesse. Mit kräftigen Worten rechnet er mit den Ausschüssen ab und stellt diesem irregulären Treiben die Aufgaben der Demokratie gegenüber. Die Zeit der mittleren Linie sei vorbei. Zum Schluss ermahnt er an ein Wort fichtes, um den Kampf der Demokratie für Freiheit und Recht zu charakterisieren. Verhafter Beifall und auch Händeklatschen folgten seinen Worten.

Nach Schiedemann, dem das Haus mit Spannung folgt, sprach für die Nationalliberalen Basser mann mit deutlicher Verneinung vor den Bekämpfern Bethmann Hollwegs. Dann sprachen Raumann für die fortschrittliche Volkspartei, der Konservative v. Westarp und der Freikonservative v. Halem, der nicht unbekanntes Vertreter des westpreussischen Wahlkreises Schweg. Dieser äußerte sich gegen die Treiberen gegen die Reichsleitung. Dann kamen Haase für die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft und David für die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion. David stellte fest, daß die deutsche Regierung bis zum letzten Augenblick alle Mühe aufgewendet habe, den Ausbruch des Krieges zu verhindern.

— Der Jammer der Frondeure. Seit Monaten arbeitet die Kanzlerfronde mit Hochdruck an der Erreichung ihres Zieles. Die Zahl der als „Manuskript“ gedruckten und in Massen verbreiteten „Deutschn“ ist kaum mehr zu überschauen — aber die Konservativen, die parlamentarischen Vorkämpfer der Fronde, wissen von nichts. Sobald sie der Mißgunst an diesem Treiben geziehen werden, schreiben sie über Verleumdung. Nach diesem Rezept arbeitet wieder einmal die „Deutsche Tageszeitung“, die sich über das „Reiseltreiben“ gegen die — Konservativen beklagt! Gerade der Versuch, Tirpitz als Kandidat der Konservativen in Djanq-Grimma aufzustellen, sei ein Verweis konservativer Selbstlosigkeit, denn es sei bekannt, daß Tirpitz wirtschaftlich und politisch dem Liberalismus nahestehe. Und diese „Selbstlosigkeit“ mußte dazu dienen, die armen bedrängten Konservativen zu verächtlichen! Der Reihe nach werden dann die Blätter vorgenommen, die sich an diesem Reiseltreiben beteiligen: die „Deutsche Tageszeitung“ findet, daß die deutsche Sprache kaum Worte hat, die stark genug wären, solche Leistungen hinreichend zu kennzeichnen — was bei der blütenreichen Sprache des agrarischen Staates gewiß manderlei bedeuten will. Schließlich legt das Organ des Bundes der Landwirte seine Hoffnung noch einmal auf die — Regierung, die den bösen Geistern wehren soll. — Es ist von der Regierung etwas viel verlangt, wenn man ihr zumutet, selber die Bahn für die Kanzlerfronde zu ebnen.

— Juden und Sozialdemokraten. Die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Bundes der Landwirte, schrieb dieser Tage: „So wohl man auch der an sich völlig nichtsagenden rethorischen Wendung (Bethmann Hollwegs. Die Red.) daß dem Tüchtigen freie Bahn geschaffen werden soll, sofort den programmatischen Inhalt zu geben: Den Tüchtigen aus dem Arbeiter-Kardec. Wenn man immer und überall so offen wäre und in den allgemeinen Redensarten die konkreten Forderungen, an die man denkt, hervorbringe, so würde man schnell erfahren, daß die in unfernen Tagen als innerpolitische Kriegsgasul so oft verherrlichte „völlige Durchföhrung der menschlichen Gleichheit“ nichts anderes bedeutet, als daß die Juden und Sozialdemokraten, die jetzt daheim oben sind, auch fernerhin und dauernd das Heft in Händen behalten.“

— Ein neuer Kredit von 12 Milliarden. Wie die „Kölnische Volkszeitung“ aus parlamentarischen Kreisen erzählt, wird in der Sitzung des Reichstages ein neuer Kredit von 12 Milliarden Mart gefordert.

Jaurès' Nachlaß

Bern, 8. Oktober. Wie die New York Post aus Frankreich meldet, hat die französische Regierung außerordentliche Mittel verwendet, um zu Jaurès zurückgelassenen Besitztüchern zu gelangen. Sie sind indessen in die Schweiz in Sicherheit gebracht worden. Clemenceau hat nach dem genannten Blatt behauptet, daß die Dokumente geeignet sind, den glorreichen 4. August 1914 für die französische Regierung in ein anderes Licht zu rufen. Unter den Briefen befindet sich auch die Kopie eines Briefes, den Jaurès am 20. Juli 1914 an Vanderoelde geschrieben hat: „Hier in Frankreich arbeitet man mit allen Mitteln für den Krieg, der ausgefochten werden muß, um die elendlichen Begierden zu befriedigen und weil die Pacific und Londoner Börsen in Petersburg spekulieren haben. Ich muß mich jetzt an die Franzosen wenden, von Verammlung zu Verammlung geht; vielleicht muß ich auch zum Generalstabschef sprechen, der die Mobilisation in Frankreich organisieren würde. Auch Sie müssen alle Mittel anwenden, um den Frieden zu erhalten.“

In dieser Veröffentlichung bemerkt die Berner Tagwacht: Man versteht, weshalb der Prozeß gegen den Mörder Jaurès immer wieder im Einzelnen mit den führenden Mitgliedern der französischen Sozialistischen Partei verhandelt wird.

Vollernährung

Das Kriegsernährungsamt gegen die Preissteigerungen.

Der Präsident des Kriegsernährungsamts hat Richtlinien für ein tatkräftiges Einschreiten der örtlichen Behörden gegen die Preissteigerungen auf dem Lebensmittelmarkt aufgestellt, die jetzt den Verwaltungsböhrden zur schleunigen Durchführung der darin empfohlenen Maßnahmen übermittelt werden. In dem Erlaß des Herrn v. Batock heißt es:

Nach den vom R. E. A. gemachten Beobachtungen sind die Preise auf dem Gemüse- und Obstmarkt in fortgesetztem Steigen begriffen. Es wäre daher im Interesse der Sicherstellung der Vollernährung dringend erwünscht, wenn die örtlichen Behörden zu einem tatkräftigen Einschreiten gegen diese Preissteigerung angeregt würden. Es würde insbesondere zweckmäßig sein, darauf hinzuwirken, daß während der Marktsammission (Marktinspektion der Preisprüfungsstelle usw.) auf den Marktplatz zur Kontrolle des gesamten Verkehrs von Gemüse und Obst, insbesondere der Preisgestaltung, anwesend sind. Gleichzeitig wäre es wünschenswert, wenn die Marktinspektionen und alle anderen Dienststellen auf die sorgfältige Beobachtung des Verkehrs auch mit allen übrigen Gegenständen des täglichen Bedarfs hingewiesen würden. Den Mitgliedern der Marktinspektionen bitte ich hierbei insbesondere zur Pflicht zu machen, bei ihrer Tätigkeit auf die Anbringung der von den Preisprüfungsstellen vorgeschriebenen Verzeichnisse hinzuwirken. Auch da, wo Höchstpreise nicht festgesetzt sind, stehen den Behörden ausreichende Bestimmungen zur Seite. Als besonders wirksam hat es sich erwiesen, wenn in geeigneten Fällen seitens der Polizeibeamten von dem Recht der vorläufigen Festnahme (§ 127 der Strafprozessordnung) Gebrauch gemacht wird. Wiederholt ist sodann die Beobachtung gemacht worden, daß insbesondere bei der Versorgung der Bevölkerung mit Frühkartoffeln die örtlichen Stellen den sich schnell verändernden Verhältnissen nicht immer gerecht werden. Dantbar würde ich es begrüßen, wenn die Aufmerksamkeit der beteiligten Dienststellen erneut auf die Versorgungsregelung gelenkt würde, da ich unter den gegenwärtigen Verhältnissen besonders Gewicht darauf legen muß, daß örtliche Verbitterungen und Schwierigkeiten durch Preistreiberen und mangelnde Tatkraft der örtlichen Behörden vermieden werden.

Gewiß müssen die örtlichen Stellen tatkräftig gegen die Preissteigerungen eingreifen, aber am erfolgreichsten kann das Kriegsernährungsamt selbst vorgehen. Es muß nur rücksichtslos die Preistreiberen bekämpfen, und zwar durch Beschlagnahme und Festsetzung mäßiger Höchstpreise für das ganze Reich. Hier ist der Hebel vor allem anzusetzen. Die Ernährungs- und Warnungen des Kriegsernährungsamts haben nicht den mindesten Erfolg gehabt.

* Ein Pfarrer gegen die Obststeuerung.

Im Berliner „Reichshoten“ sagt ein Superintendent aus Thüringen über die hohen Marmelade- und Obstpreise und schreibt:

„Für das Hund halbreifer Pflaumen wurde 40 bis 50 Pfennig verlangt, und für geringwertige Apfelsorten, die früher kaum verkauft waren, wurden noch höhere Preise gefordert. Jetzt ist wenigstens für Pflaumen der Kleinkaufspreis auf 20 Pfennig festgesetzt, der Zentner kostet also 20 Mark. Als Landpfarrer im Osten habe ich noch vor wenigen Jahren den Zentner für 1,50 bis 2 Mark verkauft. Wenn der Krieg auch ein Aufsteigen der Preise rechtfertigt, so halte ich doch einen Aufschlag von 100 v. H. für durchaus ausreichend, und alle sophistischen Rechensprüche werden mich in dieser Ansicht nicht beirren. Wenn der Erzeuger für den Zentner 4 Mark erhält und der Handel dann noch 2 Mark verdient, dann können die Pflaumen für 6 Pfennig abgeben werden. Die Behörden glauben nicht, welche furchtbare Erbitterung durch die hohen Obstpreise im Volke geschaffen wird. Ich habe mich redlich bemüht, wie das jetzt jeder Pfarrer tut, die Stimmung meiner Gemeinde aufrecht zu erhalten, und da ich auch heute noch 600 bis 800 Zuhörer regelmäßig in der Kriegsbefestigung vor mir sehe, darf ich wohl sagen, daß ich nicht ohne Erfolg nach dieser Richtung hin arbeite. Ich kann auch mit gutem Gewissen aussprechen und betone es oft und gern, daß die Regierung durch ihre Maßnahmen die Hauptsache erreicht hat, nämlich die Ernährung des Volkes für das nächste Kriegsjahr sicherzustellen, aber was diese Tatsachen anbetreffend, ist es mir unmöglich, den armen Leuten zuzurufen: Alle eure Sorge werfet auf Gott, denn er sorgt für euch! Gott hat unsere Obstbäume gegeben, aber aus dem Segen wird Fluch durch die gemeine Habgier der Menschen. Wir entrüsten uns über den teuflischen Nahrungsernährungsplan der Engländer, um wie viel mehr müßte sich unsere Empörung gegen die Richter, die ihre eigenen Volksgenossen auszubehangern suchen und die für die Engländer wertvollere Bundesgenossen sind als Italiener und Rumänen? Warum werden diese Vaterlandsverräter nicht mit Zuchthaus bestraft, daß alle diesem adlen Geschick ein heilsamer Schreck durch die Knochen fährt? Freilich sollte man nicht nach dem Rezept: „Den letzten beißen die Hunde!“ sich nur an die Höfstrafen halten, wenn sie die Höchstpreise um einige Pfennige überhöhlen, sondern sollte den großen Neben das Handwerk legen.“

— Milchverfälschung eine Wohltat. In der „Kölnischen Volkszeitung“ ist zu lesen: „Gegen die Kannenmilchmischer wird jetzt von den Gerichten mit ganz barbarischer (!) Strafe vorgegangen. Während die Milchverfälschung früher mit 10, im schlimmsten Falle mit 100 Mark Geldstrafe bestraft wurde, werden jetzt meist Gefängnisstrafen dafür ausgesprochen. Die Strafkammer in Köln verurteilt den dortigen Milchhändler Josef Arnold wegen Milchverfälschung zu drei Monaten Gefängnis. In Berlin verurteilte das Schöffengericht Berlin-Mitte den Milchgroßhändler Hermann Deiges, der gar nicht einmal mit Wasser, sondern einer milchweißen, aus Milch und Wasser vorbereiteten Mischung gefälscht hatte, zu drei Monaten Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe. Das hatte die Luft an der wohlthätigen Vermehrung der knappen Milchvorräte schließlich ganz verloren.“ — Also die „Kölnische Volkszeitung“ nennt die Milchverfälschungen eine „wohlthätige Vermehrung der knappen Milchvorräte“, und beschwert sich, daß durch hohe Strafen die Luft an Fälschungen genommen wird. Das ist der Gipfel.

Gerichtliche Belehrung

Die Kriegswaffenhersteller kamen bei der dem Reichsgericht übergeordneten Strafkammer in der Regel mit so milden Strafen davon, daß sie sich geradezu zur Fortsetzung ihres gewissermaßen handwerklichen Erwerbs fühlen konnten. Das Reichsgericht in Karlsruhe, das offenbar für die Auffassung des natürlichen Rechtsempfindens des Volkes zugänglich war, verurteilte es kürzlich, der übergeordneten Instanz in irrtümlich-geistreicher Weise „den Standpunkt klarzumachen“. Es erkannte gegen einen Wäpantischer — entgegen seiner sonstigen scharfen Rechtspraxis — auf die milde Strafe von 100 Mark und führte in der Begründung aus: „Das Schöffengericht hat sich zu der milden Auffassung entschieden, da es auf Grund der Erfahrungen in anderen Fällen dieser Art, die vom Berufungsgericht geurteilt wurden, zu der Erkenntnis hat kommen müssen, daß es in laienhafter Werke doch wohl zu streng vorgehe. Das Berufungsgericht hat wiederholt die Urteile des Schöffengerichts wesentlich gemildert, so erst kürzlich wieder, wo die Strafkammer die Strafe für einen Angeklagten, die mit Rücksicht auf

Die Hölle in der U-Deutschland

Der Kapitän des ersten deutschen Untersee-Dampfers, der unter seiner Führung am 8. Juli in Baltimore ankam, hat über die Hin- und Rückfahrt von Amerika im Verlag von Ullstein & Co., Berlin, unter dem Titel „Die Fahrt der Deutschland“ ein Buch erscheinen lassen...

Der Juni ging allmählich seinem Ende zu und leider auch das gute Wetter. Aufkommende südwestliche Dünung und das Ausbleiben der erhofften Mitströmung waren Zeichen eines im Süden den Lauf des Golfstroms entlang ziehenden Sturmzentrums.

So fahren wir noch einen Tag. Am Abend beginnt es schwül und drückend zu werden; hinter blutigen Dunstschleiern geht die Sonne zögernd unter. Drohend aussehende Luft und heftiges Witterleuchten, dazu rasch wachsende, feuchte Schwüle in der Atmosphäre verkünden die Nähe des Golfstroms. In der Nacht setzen maßlos heftige Gewitter ein...

Die ganze Atmosphäre ist in einem brüllenden Aufruhr, es rollt über uns mit einem einzigen, ununterbrochenen Donnerkrachen, wir kommen in das Zentrum. Ein Regenreigen von Urweltgewittern tost um das Boot, es ist wie das Ende aller Dinge.

Blötzlich tauchen hinter uns die Topplaternen eines großen Dampfers auf. Wir können ihm in der dunkeln Nacht ungeteilt aus dem Wege gehen. In einiger Entfernung zieht er wie eine leuchtende Erscheinung vorüber; es ist ein Passagierdampfer, der, seinem Kurs nach zu schließen, aus dem Mittelmeer kommt.

Brief an einen Kriegsgefangenen

Ich blide stamm auf dieses weiße Blatt, Das meine Hand bedeckt mit krausen Zeichen. Die Schwesterhaft, einander alle gleichen, Und die du lehen in fremder Stadt...

Danziger Stadttheater

Das Nürnbergisch Ei. Tragödie von W. Harlan. Im alten Nürnberg mit seinem fleißig schaffenden Bürgertum, seinen regen Handelsbeziehungen und der vollstimmigen Kunst der Hans Sachs und Albrecht Dürer lebt der geschworene Meister des Schlosserhandwerks Peter Henlein...

Am nächsten Tage erreichte das Unwetter seinen Höhepunkt. Orkanartige Böen segeln daher, die Luft war von stäubigem Gischt erfüllt. Das Wasser geht nicht mehr in Fäden nieder, es sind ganze Kastaden, es sind Wände von Wasser, die da vor uns herunterstürzen und geradezu schmerzhaft auf Gesicht und Hände peitschen.

Das Boot arbeitet außerordentlich schwer in der tobenden See. Die Wogen werfen es hin und her, daß es in allen Verbänden kracht. Manchmal hoist es so über, daß man sich mit der einen freien Hand kaum noch an der Brüstung der „Badewanne“ halten kann.

Aber es ist nichts gegen die Hölle dort unten im Boot, besonders in der Maschine. Bei der wilden See müssen natürlich alle Luken geschlossen sein; auch das Turmlut kann nur zeitweise offengehalten werden. Wohl arbeiten zwei große Ventilationsmaschinen unaufhörlich. Aber die frische Luft, die sie aus dem sorgfältig vor Brechern geschützten Ventilationslocher nach unten saugen, wird von den gierigen Dieselmotoren sofort verschlungen.

Man kann sich gar keinen Begriff machen von der Atmosphäre, die so allmählich entsteht, von der Hölletemperatur, die in dem Boot brütet. Wir hatten im Golfstrom eine Lufttemperatur von 28 Grad Celsius. So warm war schon das uns umgebende Wasser. Frische Luft kommt nicht mehr herein, und im Maschinenraum hämmern in rasendem Viertakt zwei sechszyklindrige Verbrennungsmotoren.

Fast wie Erlösung scheint, wenn die acht Stunden Ruhe vorüber sind und die neue Wache in die Zentrale oder in die Maschine rückt. Nun aber geht das Martrium erst an. Nur mit Unterhemd und Hose bekleidet, stehen die Leute auf ihren Posten, um die Stirn ein Tuch gebunden, das den rinnenden Schweiß von den Augen fernhalten soll.

Sinnen und seine Arbeit waren nicht vergeblich gewesen. Hinfort kann jeder Schiffer auf dem Meere, jeder Kaufmann auf der Fahrt und jeder Bürger seine Uhr bei sich tragen. Die Taschenuhren wurden ihrer damaligen Form wegen „Nürnbergisch Ei“ genannt.

Harlan hat mit dem Nürnbergisch Ei eines der besten historischen Dramen der neueren Literatur geschaffen. Die schwere, sogar düstere Tragik in Meister Henleins Leben hinterläßt aber zu wenig das Gefühl erhebender Befreiung. Die historische Milieu ist überaus treffend gezeichnet; die Personen sind gut charakterisiert.

Die Wiedergabe war gut. Haag hatte als Spielleiter ein lebensechtes, altnürnbergisches Bühnenbild geschaffen. Eine prächtige Figur gab Alwin Henry als der sich für kein Werk opfernde Erfinder. Maria Bera war als seine Ehefrau eine liebe- und gelegentlich auch temperamentsvolle Hausfrau. Leo Huberman bot als Dr. Schedel den edlen Menschenfreund, der er sein soll.

Süßer zu mechanischer Dienstleistung zu zwingen und sich die vier Stunden Wache aufrechtzuerhalten.

Aber wie lange noch wird das ausgehalten sein? Ich habe in jenen Tagen kein Tagebuch mehr geführt und finde nur die Aufzeichnung: „Höher darf die Temperatur nicht mehr steigen, wenn es die Leute im Maschinenraum noch aushalten sollen.“

Dann stiegen sie herauf aus ihrer Hölle; bleich, östriefend und schweißbebedt kamen sie ans leuchtende Tageslicht und freuten sich der Sonne, als schiene sie ihnen zum erstenmal...

Danziger Nachrichten

Herbstgedanken.

Auch der Herbst weckt Sehnsucht in der menschlichen Brust. Nur ist es eine andere Sehnsucht, wie die des Frühlings. Sie ist schwermütig und entsagungsvoll, vom Schmerz des Abschieds durchzittert. Aber sie ist ebenso Schönes und ebenso notwendig in unserem Leben wie Hoffnung und Freude.

Wunderbar eigenartig spiegelt sich die Stimmung des Herbstes in unserer Seele. Dies späte Glück im Abendsonnenleuchten, wie vom Frieden verklärt. Dieses letzte leidenschaftliche Aufglühn aller Farben, die den Tod schon in sich tragen. Dies schwermütige Schauspiel der Natur, dem wir nicht entrinnen können.

Das Herbstfest der Arbeiterjugend.

Am Sonntag im Bürgergarten wieder ein stark gefülltes Haus und frohsinnige Stimmung. Nach den früheren festlichen Veranstaltungen, besonders dem künstlerisch hochwertigen Frühlingsfest, war diese Anziehungskraft nur natürlich. Auch die Durchführung des Herbstprogramms befriedigte in hohem Maße.

irdischer Liebe als Charitis glaubhaft zu gestalten. Die kleineren Rollen des Gesellen, des Seefahrers Behaim und der Köchin Barbara Schwerfegerin waren durch die Herren Lerch, Werke und Frau Gallecke-Probst sehr gut besetzt.

Ueberfüllte Kirche.

— Snobismus im Kr... Eine kirchliche Korrespondenz macht darauf aufmerksam, daß die „B. Z. am Mittag“ kürzlich folgende Beipredung brachte:

Unter dem Metropolitentheater: „Wenn die Nacht beginnt...“ hat D. A. Alberts eine Reihe von 12 amüsanten Sätzen über Lauenhienbummel, Stoffernparnis, Butterpolonaise und Automangel verfertigt, die Rudolf Nelson in der ihm eigenen klüglichen, melodischen Weise vortrat.

An den Fronten sterben Tausende fürs Vaterland und in jenem sogenannten Theater sitzen Leute vor überfüllten Sesseln und amüsieren sich an dem, was standeslos ist: daß ein „Theater“ in dieser Zeit eine solche Unterhaltung arrangiert, oder daß es reichlich sein Publikum findet, oder daß eine Zeitung dazu noch eine Hymne singt.

beiden altheutschen Schwänze des Meisterlingers Hans Sachs Der Kuchel zu Fräising und Der fahrende Schüler als ausgezeichnet gelungen anerkannt werden. Daneben verdient Der böhmische Diener für seine ausgedehnten vorgetragen vom Genossen Wops, mit seinem reinen „behrmischen Dötsch“ und der gewürzten Kürze seiner humoristischen Umdichtungen Lob. Die von Jugendlichen ausgeführten Reigen und Volkstänze gefielen wieder vorzüglich. Es erblüht sich, sie im einzelnen hervorzuheben. Sonst mühten wir bemerken, daß der eine oder andere Tanz nicht mit der jugendlichen Lebendigkeit gelang, die ihn erst tadellos gemacht hätten. Dabei berücksichtigen wir gerne, daß das öffentliche Auftreten gerade für Jugendliche eine gewisse Befangenheit verstehen läßt. Besonders ansprechend wirkten im dritten Teil die Gesänge der Arbeiterjugend im Lagerfeuer. Am romantischen Duntel umlagerte die starke Gruppe das wie im geheimnisvollen Waldtal mit guter Wirkung eingerichtete Feuer. Dazu klangen von frischen Stimmen hübsche Volkslieder. Genosse Wops hat sich als Veranstalter gerade dieser stimmungsvollen neuartigen Vorstellungen verdient gemacht. Am Schluß dankte Genosse Kriehn-Elbing als Gast für das Fest und wünschte, daß die Beziehungen zwischen den Danziger und Elbinger Jugendlichen stets gute bleiben möchten. Wohl regte zur lebhaften Werbung für die Vorstellungen der Arbeiterjugend an. Freier gemeinschaftlicher Gesang der Jugendlichen beendete den heiteren und inhaltlich doch ernstlichen Abend.

Städtische Volksvorstellungen im Stadttheater.

Einer uns zugegangenen Zuschrift des Magistrats entnehmen wir: In früheren Jahren hat das Komitee für Volkserhaltung im Stadttheater Volksvorstellungen veranstaltet. Am Kriege haben diese Vorstellungen nicht weiter geführt werden können. Jetzt beabsichtigt die Stadt als Mieterin des Theaters, die Veranstaltungen wieder aufzunehmen. Die erste Volksvorstellung soll am Sonntag, den 15. d. M., nachmittags 3 Uhr, stattfinden und „Minna von Barnhelm“ bringen. Damit an dieser für die minderbemittelte Bevölkerung bestimmten Vorstellung weite Kreise teilnehmen können, wird nachdrücklich der Verkauf der Eintrittskarten öffentlich stattfinden und zwar in einer Reihe von Läden der inneren Stadt und der Vororte. Die bisherige Einrichtung, daß jeder Platz gleichviel, nämlich 30 Pfennig, kostet, und daß die Eintrittskarten in verschlossenen Umschlägen gegogen werden, ist beibehalten. Es wird auch die Möglichkeit gegeben, zwei hintereinander liegende Plätze zu kaufen, indem zwei Eintrittskarten in einem Umschlag verkauft werden. Mehr als vier Eintrittskarten soll niemand kaufen. Der Preis ist vor Ziehung des Umschlages zu zahlen; ein Rückzahlung oder ein Umtausch findet nicht statt. Eine Vorverkaufsgebühr wird nicht erhoben; die Benutzung der Kleiderablage ist frei. Die Geschäfte, in denen die Eintrittskarten für die erste Vorstellung zu haben sind, ersicht man aus der Bekanntmachung des Magistrats in dieser Nummer. Ein Vorverkauf im Stadttheater findet nicht statt; in den Geschäften dauert der Verkauf nur so lange als der Vorrat reicht, längstens aber bis Freitag mittag. Für viele städtische Volksvorstellungen werden Eintrittskarten an der Kasse des Theaters also überhaupt nicht abgegeben. Besser wäre gewesen, wenn der Verkauf nicht fast durchweg an Läden übertragen worden wäre, in denen ein mehr oder minder fühlbarer Zwang zum Kauf anderer Dinge gegeben ist. In Zigarrenhandlungen z. B. wird ein Mann dem Kauf schwer ausweichen können. Hätte der Magistrat den Verkauf durch Schulen und gemeinnützige Einrichtungen veranlaßt, so wäre dem Zweck der Sache und den Säulern besser gedient. Dann wäre auch eher die Gewähr dafür gegeben, daß die Karten tatsächlich in die Hände derer gelangen, für die diese Vorstellungen in erster Linie bestimmt sind.

Das dringende Bedürfnis für gute Vorstellungen billigen Preises beweist die Tatsache, daß die Eintrittskarten vielfach schon am ersten Tage in den Verkaufsstellen vergriffen waren. Leider dürfte sich unsere Befürchtung erfüllt haben, daß diejenigen, denen die Vorstellung in erster Linie dienen sollte, zu spät gekommen sind. Bei der gewählten Verkaufsmethode ist das auch nicht verwunderlich. Die vielfach an uns gemachten Anfragen, weshalb die Volkswacht-Buchhandlung gerade von der Volksvorstellung keine Karten verkaufen konnte, müssen wir einfach damit beantworten, daß sie vom Magistrat keine erhalten hat. Wenn mehrere Fragesteller erklarten, daß sie daraus bestimmte Schlüsse auf die Art der Volksvorstellung zu ziehen gezwungen wären, so können wir dazu nur bemerken, daß eine ursprüngliche Beurteilung des Inhalts durch ein Verbot der Vorstellung nicht gerechtfertigt sein würde. Die bisher von Arbeiterbildungsvereinen veranstalteten Volksvorstellungen fanden gerade darum so starken Anklang, weil sie wirklich der Arbeiterklasse vorbehalten waren. Es bleibt dringend gerade im Kriege zu wünschen, daß diese Bildungsorganisation wieder die Gelegenheit zu solchen Veranstaltungen gegeben wird. Auch bei den Volkserhaltungen des Komitees für Volkserhaltung wurde gezeigt, daß die Arbeiter dort am meistensten Platz fanden.

Der Arbeiter-Gesangverein Sängerkreis

am Sonntag, den 24. Oktober, im Bürgergarten im Schloß einen Unterhaltungsabend. Koncert, Theater, Frauen, Männer, und gemischte Chöre unter Leitung des Herrn Schönte wachseln in bunter Folge.

Spezialitätenabende Dink.

Am Sonntag hat Direktor Dink seinen Verehrten ein großes Festessen des Publikums erfreuen, ein vorzügliches Programm aufgestellt. Die Nachmittagsvorstellung begann um 4 Uhr mit dem Eintritt auf allen Plätzen nur 30 Pf. Abends 5 Uhr beginnt die zweite Vorstellung. In beiden gelangt die vollständige Spielfolge zur Aufführung.

Deutsche Kriegsvorstellung.

Die Vorstellung hat trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage überaus erfolgreich abgelaufen. Sie wurde von 6000 Personen (ungefähr der Bevölkerung) besucht, darunter 3000 Soldaten. Auch eine ganze Reihe von Regimentern wurden in die Vorstellung geführt. Des Krieges wurde

von 6500 Personen besucht, der Schützengraben von fast allen Besuchern. Die Einnahmen betragen rund 42 000 Mark, 7000 Mark mehr als im Vorjahre. Zu Gode wurden in den letzten zehn Tagen etwa 1200 Mark vereinnahmt. Die Verkäufe von Lichtpostkarten usw. ergaben rund 10 000 Mark. Die Unkosten sind noch nicht ganz festgestellt, doch dürfte sich ein Ueberschuß von 15 000 Mark ergeben. Der Leiter, Herr Stadtrat Dr. Hellwig, erkannte in der Schlußansprache besonders an, daß sämtliche Danziger Zeitungen das kriegswichtige Unternehmen uneigennützig gefördert und so den günstigen Abschluß vorwiegend ermöglicht hätten. Das k. u. k. österreichisch-ungarische Kriegsfürsorgeamt hat sich durch die unentgeltliche Uebersendung von Postkarten, Albums und illustrierten Zeitschriften sowie von Anwendungen aus dem Vorkrieg ausgefallener Gegenstände Dank verdient.

Adlemangel. Wie der „Köln. Ztg.“ berichtet wird, ist der starke Mangel an Käse im Handel zum größten Teil darauf zurückzuführen, daß der Käse von den Erzeugern fast ausschließlich in Postpaketen an die Verbraucher versandt wird. Es steht infolgedessen eine Bundesratsverordnung bevor, wonach der Postverband der Postereien von Käse an die Verbraucher verboten wird. Auch soll für einzelne Sorten eine Preiserhöhung eintreten, entsprechend der Preiserhöhung für Milch. — Wird der Käsepreis weiter erhöht, so wird auch der Käse ein Nahrungsmittel, das nur noch Wohlhabende sich leisten können.

Werdet Abonnenten der Volkswacht!

Ohne Zeitung kann heute, im Zeitalter des gewaltigsten Völkerringens der Weltgeschichte, auch die ärmste Familie nicht sein. Ueber die

Entwicklung auf den Kriegsschauplätzen

bringt die Volkswacht vollständig gehaltene Artikel.

Die Lage im Lande

die Zustände auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung, der Kriegsfürsorge, der innerpolitischen Entwicklung, der wirtschaftlichen und politischen Zukunftsaussichten werden der Volkswacht, soweit die Umstände es gestatten, von dem mit dem Interesse der arbeitenden Bevölkerung zusammenfallenden sozialdemokratischen Standpunkt aus beleuchtet.

Die Zukunftsaufgaben

an deren Lösung die Arbeiterklasse aller Länder hervorragenden Anteil nehmen wird, sind groß und gewaltig. Eine Menge von Problemen haben durch den Weltkrieg neue Beleuchtung erfahren, sind meist ihrer Lösung im Sinne sozialdemokratischer Auffassung näher gerückt. Die Konzentration des Kapitals geht im schnellsten Tempo vor sich. Sie wird nach dem Kriege tiefgehende Wirkungen auf die soziale Schichtung der Bevölkerung ausüben. Innerpolitische Entwicklung und Auslandspolitik werden von dieser wirtschaftlichen Entwicklung auf das nachdrücklichste beeinflusst werden. Eine sorgfältige Beachtung dieser Vorgänge wird sich die Volkswacht stets angelegen sein lassen.

Eine machtvolle Arbeiterbewegung

wird nach dem Kriege ein entscheidender Faktor in der gesellschaftlichen Entwicklung sein. Sie zu fördern betrachte die Volkswacht als ihre Hauptaufgabe.

Jeder Volkshelfer werbe für die Volkswacht!

Der Quartalswechsel bietet gute Gelegenheit hierzu.

Städtische Eier.

Auf die Lebensmittelhilfe verkaufte der Magistrat unlängst wieder Eier für 25 Pf. pro Stück. Dabei galt wieder die alte Bestimmung, daß auch schlechte angenommen werden müssen. Von vielen Seiten ist uns nun geklagt, daß bei dieser Lieferung besonders viele schlechte Eier gemessen sind. Die unbrauchbaren machen natürlich die verwertbaren erheblich teurer, als der Marktpreis ist. Man könnte daher wohl verlangen, daß der Magistrat sich von der Güte der Eier überzeugt und die schlechten ausschaltet oder, wenn sie gar zu schlecht sind, von der Vermittlung absteht.

Die Unterschlagungen des Hochschul-Rendanten Both

bekämpften das Schwurgericht am 6. Oktober in einer vollen Tages Sitzung. Die Geschworenen sprachen Both der Unterschlagung und Urkundenfälschung schuldig und verurteilten ihn zu lebenslänglicher Haft. Der Staatsanwalt beantragte sieben Jahre Zuchthaus und den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für fünf Jahre. Das Gericht legte die Strafe auf sechs Jahre Zuchthaus und gleiche Dauer Ehrverlust fest. Die Verhandlung ergab keine völlige Klarheit über die Höhe der von Both unterschlagenen Summe. Bisher ist der Betrag von etwa 457 000 Mark ermittelt. Both gab schließlich den Fehlbetrag in dieser Höhe zu, wollte aber nur eine viel geringere Summe, etwa ein Jahrtausend, unterschlagen haben. Im übrigen deutete er die Möglichkeit an, daß er wegen der ungenügenden Kassensprüche und weil er infolge eines Malarialebens die Gesundheitszustand häufiger wieder weg, erkrankt worden sei. Die Unterschlagungen will er hauptsächlich zur Behebung der nicht ihm zugewiesenen Geldbedürfnisse begangen haben. Vor Eintritt in die Stellung bei der Hochschule war er Oberzahlmeister der

Marine. Wegen der Erkrankung an Malaria wurde er entlassen und erhielt 1680 Mark Pension. Die Hochschule zahlte ihm anfänglich 1600 Mark Gehalt und 432 Mark Wohnungsgeld. Von der Pension behielt er nach der Anstellung zunächst 1300 Mark. Sein Gesamteinkommen war zu Beginn also etwa 3500 Mark. Dieser Betrag kann allerdings gegenüber der Tatsache, daß die Hochschule einen Milligenetat hat, nicht als angemessen gelten. Seit 1906 sind die Unterschlagungen und Urkundenfälschungen dauernd fortgesetzt und müssen mit außerordentlicher Sorgfalt vorgenommen sein. Bei der Kontrolle scheint berücksichtigt zu sein, daß B. die Anstellung auf besondere Empfehlung des Prinzen Heinrich erhalten hat. Zu wünschen haben die Kontrollmaßnahmen außerordentlich gelassen. Der Syndikus, Regierungsrat Heinrich, berief sich auf die knappe Zeit, die er für seine ehrenamtliche Tätigkeit an der Hochschule nur zur Verfügung hatte. Außer den monatlichen Revisionen hat er aber trotzdem in jedem Jahr einmal außerordentliche Kassensprüfungen vorgenommen. Von den Fälschungen und Unterschlagungen hat er trotz ihrer riesigen Höhe nichts zu finden vermocht. Erst der Ausbruch des Krieges führte zur Entdeckung und der Flucht Boths. Die Direktoren schenkten Both außerordentliches Vertrauen. Als gegen ihn von anderer Seite Anschuldigungen erhoben wurden, so seitens eines früheren Maschinenbauers, mußte B. sich so herausreden, daß seine Ankläger wegen Beleidigung bestraft wurden. Er sorgte für einen guten Ruf. Der evangelische Pfarrer B. wien aus Joppot erklärte als Zeuge, daß Frau B. sehr wohlwollig das Vereinslazarett des Vaterländischen Frauenvereins in Joppot besuchte und daß er ihr den Dank des Vereins ausgesprochen habe. Nur angedeutet wurde, was bei der Untersuchung erheblich in Frage gekommen ist, daß die Wohlthätigkeit Boths sich stark in weiblicher Richtung bewegte. Er bestritt die Ansicht des Staatsanwalts, daß erhebliche Summen hinter sich gebracht habe. Schließlich hat die Ansicht viel für sich, daß mindestens der Umfang der Unterschlagungen verringert worden wäre, wenn durch genügende Kontrolle die Ausführung der Verbrechen unmöglich gemacht worden wäre.

Aus Westpreußen

Kartoffelnot in Ohra.

In Ohra ist die Kartoffelnot aufs höchste gestiegen. Die Kartoffelbedarfsmeldung ist zwar von der Gemeinde durchgeführt, aber zur Vinderung der Not ist so gut wie nichts geschehen. Am Freitag den 28. September verkaufte das Amt in dem Geschäft von Hönig Kartoffeln. Gute Kunden der Firma erhielten schon morgens einen halben Zentner und am Nachmittag einen Wint, daß dann wieder verkauft wurde. Um diese Zeit hatten sich viele Frauen eingefunden. Als der stellvertretende Gemeindevorsteher Dör, der auch hier sein Verwaltungstalent zeigen wollte — man denke nur an seine originelle Einführung der Fleischkarte — die Versammelten sah, sagte er zu ihnen: Wie kriegen doch keine! Auf die Frage der Frauen, was sie denn zum Abendbrot machen sollten, gab D. keine Antwort. Beim Einlaß der Wartenden entstand auf dem Hof ein Gedränge, vorwiegend veranlaßt durch die klugen Worte Dörs, denn jede Frau wollte sich selbstverständlich Kartoffeln sichern. Jetzt brauste Dör auf und mit den Worten: Ich verstehe nur mit Menschenen umzugehen, nicht mit Vieh, verbot er den Frauen den Hof. Als sie bat, ihnen doch Kartoffeln zu verkaufen, erwiderte Dör mit einer von Götz von Berlichingen sehr bekannten Aeußerung: Frau Hönig bemerkte zudem noch recht unsympathisch: Geben Sie jeder doch eine Handvoll Kartoffeln zum Abendbrot!

Eine solche Behandlung müssen sich die Einwohner von Ohra gefallen lassen. Die öffentliche Meinung wird schon das richtige Urteil über die dafür Verantwortlichen fällen. Zweckmäßig muß auch dafür gesorgt werden, daß der Beginn des Verkaufs rechtzeitig vorher durch Anschlag usw. bekannt gemacht wird.

Elbing. Anwendung des Notstandsparagraphen.

Ein erfreulich gerechtes Urteil gegen eine Kriegerfrau fällte das Elbinger Schöffengericht durch Anwendung des Notstandsparagraphen. § 59 des Strafgesetzbuches lautet:

Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn die Handlung außer dem Fall der Notwehr in einem unverschuldeten, auf andere Weise nicht zu beseitigenden Notstande zur Rettung aus einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben des Täters oder eines Angehörigen begangen worden ist.

Man hatte eine Arbeiterfrau Auguste Böhm aus Elbing, deren Mann im Felde ist, sich für ihren Sohn für zwei Monate Brotmarken vom Magistrat geben lassen, trotzdem der Junge sich in der Zeit in der Nachbarstadt Laskemitt in Stellung befand. Die Frau will dies aus Not getan haben, weil Kartoffeln überhaupt nicht zu haben waren. Das Gericht sprach die Frau frei und führte in der Begründung aus: Da die Zustände hinsichtlich der Kartoffelversorgung direkt lebensgefährliche und keine Kartoffeln zu haben waren, wollte Frau B. die Lebensgefahr von sich abwenden und ließ sich auch für ihren abwesenden Sohn Brotmarken geben. Es kommt hier also der Notstandsparagraph in Frage, weshalb auf Freisprechung erkannt ist.

Der kinderfeindliche Magistrat. In einer Zeitschrift für die Brandenburgische Kriegsbeschädigtenfürsorge, amtliches Anzeigerblatt des Landesdirektors der Provinz Brandenburg, liest man folgendes Inserat:

Der Magistrat der Stadt Joppot

benötigt für das Kronprinzliche Bienengrundstück einen Hausverwalter, der verheiratet sein, aber keine Kinder haben darf und gesund sein muß; insbesondere darf er nachlungen, möglichst auch nicht heimatlich sein. Gelehrter Gärtner wird bevorzugt.

Die „Welt am Montag“ sagt dazu: Der Magistrat von Joppot sollte sich für den vakanten Posten in der uns verhängten Türkei nach einem sonst gesunden Haremwächter umsehen, der wenigstens dem Ansprache der Kinderlosigkeit dauernd genügen dürfte.

Das Graudenzger Stadttheater

nach bis auf Weiteres wegen Baukäuflichkeit auf polit. eiliche Anordnung geschlossen werden! Eine betrübende Nachricht ist nicht gut auszubringen. Graudenz hat die wir gern feststellen, nicht wenige städtische Einrichtungen und Anlagen, die das freundliche Weichselstädtchen anziehend auszeichnen. Der schöne Stadtpark und die geschmackvollen Anlagen an der Weichsel stellen der Stadterhaltung kein schlechtes Zeugnis aus. Um so ungünstiger stand daneben schon immer die scheuenerartige Mißgeburt des Tempels der Kunst. Es hat einst in bürgerlichen Kreisen unserer alten Ordensstadt stark verschimpft, als unsere Neue Welt den hohen Monumentalbau des Gebäudes der Bielefelder Volkshochschule, den sozialdemokratische Arbeiter aus eigener Kraft schafften, neben unsern kümmerlichen städtischen Theater im Bild zum Vergleich stellte. Dabei war die Zusammenstellung in vollberechtigter kultureller Vergleich. Leider hat er nicht so gewirkt, wie wir es für unsern Osten und die Stadt Graudenz erwünscht hätten. Unserm Hause der Kunst ist sogar die Baukäuflichkeit nicht erspart geblieben! Kunst und Baukäuflichkeit, ist es eine barbarischere Zusammenstellung? Mußte es denn wirklich so weit kommen? Direktor Kalkowski spielt nun provisorisch im großen Saale des Hotels Schwarzer Adler. Der Umbau des Theatergebäudes soll im Frühjahr 1917 begonnen werden.

Die historische Bedeutung des hiesigen Theaterunglücks wird, was nicht uninteressant ist, übrigens schon in dem im Jahre 1906 vom Chefredakteur des Geselligen, Paul Fischer, herausgegebenen Führer von Graudenz freimütig festgestellt. Fischer nennt darin das Theater ein speicherartiges schönes Gebäude, das aber im Innern durch den Graudenzger Theaterverein modern eingerichtet sei. Verhandlungen wegen eines paktlichen, mit Hilfe von Staatsunterstützung zu errichtenden modernen Stadttheaters schweben zurzeit noch, heißt es nicht gerade hoffnungsvoll in dem Führer. Jetzt hat die Baukäuflichkeit als höhere Gewalt dem schönen Schweben nach mehr als 10 Jahren mitteilswillig ein Ende bereitet. Mächtige diese Mahnung so gründlich beherzigt werden, daß Graudenz sich recht bald eines würdigen städtischen Theaters erfreuen kann.

Graudenz. Städtische Förderung der Schweinehaltung. Zur Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und Fett fördert der Magistrat Graudenz die Schweinehaltung nach Möglichkeit. So wird durch Vermittlung des Magistrats an solche Einwohner, die Schweine selbst halten wollen, Futtermittel abgegeben und zu den Anschaffungskosten für Schweine sogar Voranschlag gewährt.

Die Posener Getreideschiebungen.

Ein Drahtbericht der Boffischen Zeitung aus Posen berichtet: Wegen der Getreideschiebungen sind wieder mehrere Verhaftungen erfolgt. Gegenwärtig beträgt die Zahl der Verhafteten zwölf, darunter befindet sich ein junger Mann von 35 Jahren aus Posen, der bei dem unglücklichen Geschäft wöchentlich 35 000 Mark verdient haben soll. Ein Leipziger Kaufmann hat nachweislich eine halbe Million Mark verdient. Er wurde auf einer Vergnügungstour im Harz verhaftet, wo er im Begriff war, eine Villa zu kaufen. In der Stadt Posen sind bei einer großen Anzahl von Getreidegeschäften die Geschäftsbücher beschlagnahmt worden.

— Ein gutes Geschäft. Die Stadt Krosantka wird demnächst eine dem Prinzen Friedrich Leopold gehörige Domäne in Pacht nehmen. Die Stadt zahlt dafür eine Pachtsumme von 16 000 Mark — der bisherige Pächter hat 7000 Mark bezahlt. Die agrarische Presse wird natürlich bestreiten, daß hier ein Kriegsgewinn vorliegt.

— Eisenbahnkatastrophe auf der Strecke Schneidemühl—Berlin. In Kilometer 138,7 der Strecke Schneidemühl—Berlin ist gestern nacht 4 Uhr der D-Zug 24 auf den dort haltenden Vorzug D-24 aufgefahren. Bei dem Unfall sind getötet 11 Reisende, verletzt 15 Reisende, davon 4 schwer. Die Verwundeten sind in Landsberg untergebracht. Zertrümmert wurden ein Pack- und mehrere Personenwagen. Die getöteten und verletzten Personen befanden sich sämtlich im Vorzug D-24. Im Hauptzug ist niemand verletzt. Eingeleiteter Betrieb ist 11,55 Uhr vormittags aufgenommen. — Die Namen der bei dem Eisenbahnunfall auf der Strecke Schneidemühl—Berlin Getöteten lauten: Leutnant Wolgast, Berlin; Gefreiter Bader, Infanterie-Regiment 21, Thorn; Hauptmann Weinberger, Bayerisches 1. Artillerie-Regiment, München; Oberbahnassistent Strebe, Thorn; Leutnant Freiherr von Syberg, 1. Bayerisches Ulanen-Regiment, Bamberg; Feldbahnarzt Moses, Festungslazarett 1, Warschau; Stadtamtsmann Dr. Werner Müller, Leipzig; Technischer Assistent Heinrich Bisten aus Gladbeck; Feldwebelleutnant Eggert, Garde-Landsturm-Ersatz-Abteilung Döberitz; Musikföhrer Hermann Schulz aus Quigen bei Helzen; Man Lichtenstein, 2. Eskadron Ulanen-Regiments 18, Leipzig; Hauptmann Treger.

Schlechte Ware — teures Geld.

Der Landrat des Kreises Schlochau hat im amtlichen Schlochauer Kreisblatt folgende Erklärung veröffentlicht:

„Im Interesse der Landwirtschaft und in dem Glauben, daß aus dem hiesigen Kreise nur einwandfreies Getreide und gute Kartoffeln geliefert werden würden, hatte ich den Kommissionsären die Verpflichtung auferlegt, die Bezahlung sofort nach Bestätigung des hahnamtlichen Gewichts zu leisten.

Leider hat dies Verfahren zu Unzuträglichkeiten geführt, indem von den Landwirten, insbesondere auch von vielen Großgrundbesitzern, Getreide und Kartoffeln geliefert worden sind, die nicht entfernt den geltenden Lieferungsbedingungen entsprechen haben und deshalb von den empfangenden Stellen beanstandet worden sind.

Ich habe mich daher gezwungen gesehen, die obige Verpflichtung der Kommissionsäre zur sofortigen Bezahlung aufzuheben und die Kommissionsäre zu ermächtigen, geliefertes Getreide und Kartoffeln erst dann zu bezahlen, wenn der Empfänger die Ware bezahlt hat, und zwar auch nur in der von dem Empfänger geleisteten Höhe.

Auch die Landräte anderer Kreise fänden vielleicht zu ähnlichen Entschlüssen Gelegenheit.

— Der Herr Rittergutsbesitzer und seine Einquartierung. Wegen Beibehaltung von Soldaten hatte sich vor dem Thorne Schloßbesitzer der Majoratsbesitzer und Rittmeister d. A. Ernst von Wolff auf Klein-Ottawa bei Lauer zu verantworten. Am Herbst 1913 war auf dem Majorats des Angehörigen des Landsturms-Bataillon August-Hirschberg einquartiert. Herr von Wolff war über die Einquartierung sehr unzufrieden, da sie ihm nach seiner Meinung

viel Schaden anrichtete. Am 4. Oktober v. J. erschieß er in Woffen in der Schreibe der 2. Kompanie des Landsturm-Bataillons und gebrachte vor Zeugen dem Feldwebel Dankowski gegenüber Redewendungen, die nach ihren Aussagen im verächtlichen Tone gesprochen waren. Unter anderem auf die Beschuldigungen sagte er: „Das hat die Bande getan, nicht einmal soja zu wüthen so haufen! Wenn die Bande nur nicht streiten möchte, daß sie es getun hat.“ Das Schöffengericht erkannte auf eine Geldstrafe von 50 Mark.

— Eiert (Westpr.). Das verdächtige Gurkensah. Der Kaufmann M. schickte laut Frachtbrief ein Fass saure Gurken per Bahn nach Berlin ab. Beim Verladen wurde die Tonne beschädigt und der Deckel fiel herunter. Aus den sauren Gurken entpuppte sich jetzt Fleisch, Wurst, Brot usw., also Lebensmittel, die nicht ausgeführt werden dürfen und im Verkehr ohne Marken nicht zu haben sind. Die Ware wurde beschlagnahmt. M. hat in letzterer Zeit mehrfach Fässer mit Gurken oder Sauerkraut abgeschickt, so daß anzunehmen ist, daß er dieses Geschäft schon länger betreibt.

Aus der Partei

Karl Marx und der Krieg

Die Frage, ob der Weltkrieg tiefgreifende Änderungen über den unmittelbaren Kampf der Waffen hinaus verursachen werde, beschäftigt naturgemäß viele denkende Genossen. Gar mancher lehnt einschneidende Umwälzungen in fortschrittlicher Richtung, die man wissenschaftlich als revolutionär bezeichnet, mit dem an sich richtigen Hinweis darauf ab, daß der Krieg selber eine bedauerlich rückständige Form der Auseinandersetzung der Völker ist und schon durch Belagerungszustand, Zensur usw. durchaus reaktionär wirkt. Diese unmittelbare Betrachtungsweise verhindert aber die für die zu beantwortende Frage notwendige Einsicht. Dafür gibt es keinen besseren Zeugen als den großen theoretischen Meister des Sozialismus, Karl Marx. Im Vorwort zur ersten Ausgabe des ersten Bandes seines Kapital schrieb er über die historische Bedeutung der Kriege die hochbedeutenden Sätze:

„Wie der amerikanische Unabhängigkeitskrieg des 18. Jahrhunderts die Sturmglocke für die europäische Mittelklasse läutete, so der amerikanische Bürgerkrieg des 19. Jahrhunderts für die europäische Arbeiterklasse.“

Der Satz hat sich bewahrheitet, obgleich die treibenden Kräfte des Bürgerkrieges von ganz anderen als revolutionären Motiven geleitet wurden. Der Bürgerkrieg, in dem neben Sozialisten preußische Junker und Abenteurer kochten, hatte außer der Abschaffung der Regierkasserei den Sieg der Schutzgenossenschaft zum Ergebnis. Und doch waren die Kämpfer der Union unbewußte Werkzeuge der historischen Notwendigkeit. Darum trat Marx mit seinen Freunden entschieden für die Regierung der Union ein. Sollte es zu jener Zeit unter den Londoner Sozialisten „Radikale“ gegeben haben, die einwendeten, daß die Regierung in Washington eine Panzer- und Bourgeoisregierung sei, die der Welt die eble Absicht der Sklavenbefreiung nur vorkäufte, um desto nachdrücklicher die kapitalistischen Interessen fördern zu können, so machten sie auf Marx keinen Eindruck. Im Jahre 1848 schrieb er in dieser Hinsicht sehr deutlich in der „Neuen Rheinischen Zeitung“:

„Auch der konterrevolutionäre Boden ist revolutionär.“

Wenn schon Kriege, die sich in einem ganz entfernten Erdteil abspielen und — rein äußerlich betrachtet — nur die engsten Interessen der Kriegführenden berühren, nach Karl Marx solche weittragenden Wirkungen hatten, soll dann der gewaltigste Weltkrieg davon freibleiben können?

Worin besteht denn der Unterschied?

In einer Auseinandersetzung, die die Königsberger Volkszeitung mit der Hartungischen Zeitung wegen eines Angriffs der letzteren auf den Genossen Haase führt, finden sich folgende Sätze:

„Selbstverständlich ist es unklar, die Sozialdemokratie die Pflicht zur Landesverteidigung ablehnt. In ihrem Programm — das der Hartungischen Zeitung bekannt sein sollte — fordert sie die Volkswehr zur Landesverteidigung. Jeder wehrfähige Mann soll das Land verteidigen, wenn es angegriffen wird. Das ist die weitestgehende Ausdehnung der Dienstpflicht. Die Sozialdemokratie ist für die Aufrichterhaltung der Unabhängigkeit des Landes. Noch in der letzten Zeit ist das in der Friedenspetition zum Ausdruck gekommen.“

Das Königsberger Parteiblatt vertritt seit einigen Monaten nach dem Fortgange des Genossen Marckwald den Standpunkt der von Haase geföhrten Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Seine gegen die Hartungische Zeitung ins Feld geföhrten Argumente entsprechen aber vollkommen der Auffassung der Mehrheit unserer Reichstagsfraktion. Worin besteht nun der ganze Unterschied zwischen der Haltung der Mehrheit und der Arbeitsgemeinschaft? Die Mehrheit zieht aus der Auffassung, die die Arbeitsgemeinschaft mit ihr hier nach teilt, die selbstverständliche praktische Schlussfolgerung und stellt die zur Landesverteidigung nötigen Mittel zur Verfügung. Die Arbeitsgemeinschaft glaubt, trotz ihrer nach der F. V. J. grundsätzlich mit der Mehrheit übereinstimmenden Ansicht, sich auch in der gefährdenden Kriegszeit während der schlimmsten Bedrängung Deutschlands durch eine unglaubliche Uebermacht den Luxus einer leeren Demonstration erlauben zu können. Und um einer solchen Demonstration willen gefährdet sie die Einheit der Partei!

Die Frage nach dem Unterschiede und speziell den angeblich grundsätzlichen Verschiedenheiten entsteht auch bei der Betrachtung des Verhaltens anderer Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. So haben sich die zu ihr gehörigen Reichstagsabgeordneten Eduard Bernstein, Erdmann und Edmund Fischer mit Zentrumsleuten, Nationalliberalen und Fortschrittlichen zur „Zentralstelle für Völkerrrecht“ zusammengeschlossen. Mit diesen bürgerlichen Leuten, früheren Räteleitern, Bürgermeistern, Professoren usw. arbeitet auch der Landtagsabgeordnete und Vorwärts-Redakteur Ströbel. Sie bitten den Reichstag gemeinsam um einen Frieden, der die Lebensinteressen des deutschen Volkes und die Unversehrtheit seines vaterländischen Bodens sicherstellt. Nicht anders ist die Stellung der von Ströbel gerade wegen ihrer Haltung zum Frieden heftig angegriffenen Parteimehrheit. Nur sind viele der zu ihr gehörigen Genossen noch lange nicht der Meinung, daß solche Verbindungen mit Bürgerlichen den Friedensbestrebungen mehr nützen als die einzige Arbeit in der Partei.

— Friedenskundgebung in Frankfurt a. M. Der Sozialdemokratische Verein in Frankfurt a. M. veranstaltete Sonntag nachmittag im städtischen Ostpark eine Friedenskundgebung, die mit ihrem starken Besuch eine gewaltige Demonstration für den Frieden darstellte. Von sechs Tribünen sprachen die Reichstagsabgeordneten Genossen Dr. Gradnauer-Dresden, Wüller-Berlin und Landtagsabgeordneter Braun-Berlin und die Frankfurter Genossen Duard, Graf und Dr. Singheimer. Der Redner wurde überall starker Beifall gezollt. Der Kern ihrer Ausführungen ist in einer Entschliekung wiedergegeben, in der nicht ein Friede um jeden Preis, sondern ein Friede, der das Reichsgebiet unverfehrt erhält und Deutschlands politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit wahrt, gefordert wird. Die Versammelten lehnten jede Eroberungspolitik ab; sie erklären als Voraussetzung sowohl für einen baldigen Frieden wie für dessen Dauer, daß die Rechte und Lebensnotwendigkeiten der anderen Völker geachtet werden wie die des eigenen Volkes. Den Kämpfern, die unter den schrecklichsten Gefahren und mit hingebender Treue die Heimat schüßen, sprechen die Versammelten heißen Dank, den Opfern des Krieges luntges Mitgefühl aus. Von den verantwortlichen Politikern fordern die Versammelten, daß sie mit Ernst und nie verlagendem Eifer den Weg zum Frieden suchen, auch in der Weise, daß Vorschläge aus Feindesland redlich und vorurteilsfrei geprüft und nicht nur Stimmen des Hasses gewürdigt werden. Die Versammelten erklären und verkünden als ihren Willen: Deutschland darf nicht vergewaltigt werden und es ist nicht das Kriegsziel des deutschen Volkes, andere Völker zu vergewaltigen. — Die Abstimmung wurde bei allen Tribünen zu gleicher Zeit vorgenommen. Es war ein gewaltiger Anblick, als ungefähr 20 000 Personen ihre Hand für die Resolution erhoben. Vorher hatten Vertreter der Friedensvereine eine Zustimmungserklärung abgegeben. Die wirkungsvolle Veranstaltung wurde eingeleitet und geschlossen durch Gesänge der Arbeitergesangsvereine.

Hier haben sich die wirklichen Massen also wieder, wie überall, wo sie Stellung nehmen konnten, für die von der Reichskonferenz gebilligte Politik der Partei in Einheit entschrieben.

— Eretuliches von der Parteipresse. Die Volkswacht in Breslau hatte kurz vor dem Kriege 26 000 Abonnenten und hat jetzt einen täglichen Abzug von 29 200, darunter 3500 zahlende Feldpostabonnenten und 4000 Exemplare täglicher Straßenverkauf. Das Breslauer Blatt hatte in den ersten Kriegsjahren bedeutend verloren, hat aber nach und nach durch fleißige Werbearbeit nicht nur den Verlust wieder eingebracht, sondern sogar noch darüber hinaus einen schönen Fortschritt erzielt.

Töchter Hohn.

Die Königsberger Volkszeitung gibt sich in der Nummer 238 viel Mühe, das Ergebnis der Deutschen Reichskonferenz als Sieg der Haase-Gruppe zu dekorieren. Dazu müssen ihr einige Zahlenkunststücke herhalten, deren Wert ergibt sich genügend aus der Tatsache, daß die Minderheit auf der Konferenz jeder Feststellung ihrer zahlenmäßigen Stärke sorgfältig aus dem Wege ging. Ihr Mut schwang sich nur zu der Zumenung auf, daß die Reichskonferenz nach dreitägigen Debatten lang- und langlos abmarschieren sollte. Wer solche Kinderreien wollte, muß sich allerdings, wenn er merkt, wie er sich festgefahren hat, mit Rechenkünsteleien zu trösten suchen. Dies harmlose Spiel wollen wir gewiß nicht stören. Minder kindlich wirkt es jedoch, wenn das Blatt schließlich geschmackvoll meint, daß die Mehrheit dieser wohlpräparierten Konferenz auf recht klapprigen Beinen stand. Es ist eine höchst sonderbare Achtung vor der Demokratie, die sich so klapprig ausdrückt. Diesen geistvollen Vergleich sollte aber schon aus einfachster Vorsicht die jegige Zeitung dieses Bieres unterlassen, die bis zum 30. Juni 1916 wenigstens ganz so tat, als wenn sie selber auf der Seite der Mehrheit „stand“. Die sonderbare Art der Berichterstattung der Königsberger Volkszeitung über die Reichskonferenz, die sogar das Schlüsselwort Scheidemanns vergaß, gehört durchaus zu der geistigen Beweiskraft ihrer sinnigen Rechenergebnisse.

Die namentlichen Abstimmungen auf der Reichskonferenz.

Die Abstimmung über den Antrag Haase und Genossen, die beantragten, eine Beschlußfassung über sachliche Anträge ist abzulehnen“, ergab die Ablehnung des Antrages mit 276 gegen 169 Stimmen.

Es stimmten mit

	Nein	Ja
Von den Delegierten	184	118
Von der Reichstagsfraktion	54	22
Von der Arbeitsgemeinschaft	—	18
Von dem Parteiausschuß	27	8
Von der Kontrollkommission	2	1
Vom Parteivorstand	9	2
Zusammen	276	169

Die 6 Mitglieder des Parteivorstandes, die zugleich Reichstagsabgeordnete sind, sind beim Parteivorstand aufgeführt, nicht bei der Fraktion.

Von den 306 auf der Konferenz anwesenden Delegierten waren bereits abgereist, als die namentlichen Abstimmungen stattfanden; ebenso ein Mitglied der Kontrollkommission und ein Abgeordneter.

Der Antrag Haase, der die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion billigte und das Sondervorgehen eines Teils der Fraktion, das zur Abspaltung von der Gesamtfraktion geführt hat, mißbilligte, wurde mit 219 gegen 2 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. (Der Genosse Proff erklärte zu Protokoll, daß er irrtümlich mit nein gestimmt hätte, sich vielmehr enthalten wollte.)

Unter den 219 Genossen, die für den Antrag gestimmt haben, waren 187 Delegierte, 27 Mitglieder des Parteiausschusses, 2 Mitglieder der Kontrollkommission und 3 Mitglieder des Parteivorstandes. Die 100 Abgeordneten, die an der ersten Abstimmung teilnahmen, haben bei dieser Abstimmung nicht mitgestimmt.

Die westpreussischen Delegierten Partei, Frunz, gel, Poland und Gehl, dieser als Mitglied des Parteiausschusses, stimmten durchweg mit der Mehrheit.

Neu des Organisations. Die Hauptversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Groß-Piel vom letzten Donners- tag die von 600 Mitgliedern besucht war, nahm den Bericht von der Reichskonferenz entgegen und erklärte sich mit sehr harter Mehrheit mit den Beschlüssen der Konferenz einzu- stimmen. Die Resolution „Vid und Genossen „Jur Friedens- frage“ wird in dem angenommenen Antrage als eine geeignete Grundlage für die Politik der Sozialdemokratischen Partei be- zeichnet.

Polnische Wünsche.

Die polnische sozialdemokratische Partei in Oesterreich hat an die Haager Konferenz der neutralen sozialistischen Partei einen Appell gerichtet, der dort nicht rechtzeitig eintraf. Die Internationale wird aufgefordert, für ein selbständiges Polen einzutreten; das Manifest schließt mit Karl Marx:

„Vor Europa steht eine Alternative: Entweder das asia- tische Barbarentum wird unter moskowitzischer Führung wie eine Lawine Europa überschwemmen oder Europa muß Polen befreien und sich auf diese Weise durch ein Meer von 20 Mil- lionen Heiden vor Asien schützen, bis die Stunde der sozialen Befreiung schlägt.“

Deshalb fordert die polnische Sozialdemokratie die Hilfe der Internationale für die volle Ausnutzung der Kriegsergebnisse zur gänzlichen Lösung Polens von Rußland

Soziales

Nichts für die Aktionäre — alles für die Versicherten!

Das ist der geschäftliche Grundlag, nach dem im Gegensatz zu den privaten Versicherungsgesellschaften die von den Ge- werkschaften und Genossenschaften gegründete Versicherungs- gesellschaft Volksfürsorge ihre Geschäfte führt. In den drei bis jetzt zum Abschluß gebrachten Geschäftsjahren bis Ende 1915 wurde ein Gesamtüberschuss von 356 828 Mark erzielt. Davon wurden zugewiesen dem gesetzlichen Reserve- fonds 19 340 Mark, dem Organisations-, dem Kriegsreserve- fonds und einer besonderen Reserve zusammen 138 023 Mark und Gewinnreserve der Versicherten 219 300 Mark. Es sind danach 376 663 Mark den für die Sicherheit der Versicherten dienenden Reserven zugeführt worden. Die Aktionäre haben bei allen drei Geschäftsabschlüssen auf die ihnen sühungsgemäß zustehende vierprozentige Verzinsung verzichtet. Im Jahre 1913 zugunsten der Gewinnreserve, die jetzt 219 286 Mark beträgt. In den beiden Jahren 1914 und 1915 erfolgte dieser Verzicht zugunsten des Kriegsreservefonds, der dadurch auf 99 341 Mark erhöht wurde

Die Krankenkassen gegen übertriebene Forderungen der Ärzte.

Die fünf großen Verbände der deutschen Krankenkassen — so berichtet das Berliner Tageblatt — veröffentlichen eine gemeinsame Kundgebung zum Berliner Abkommen zwischen den Ärzten und Krankenkassen. Danach würden die Kassen befreit sein, das Abkommen aufrechtzuerhalten, aber sie müßten unbegründeten und nicht begründeten Forderungen der Ärzte entschieden entgegenzutreten. Darüber wird des näheren aus- geführt:

Das Berliner Abkommen erhält den bisherigen Bestand der verschiedenen Arztkassen. Die Einführung der freien Arzt- macht gegen den Willen der Kasse ist daher abzulehnen

Bei der Bestimmung der Honorare sind übertrieben hohe Pauschal- tage zurückzuweisen. Unbedeutend zu verwerfen ist die Forderung, das Gehaltskontingent an die Ärztevereinigungen zu zahlen zur Verteilung an die einzelnen Ärzte.

Das Berliner Abkommen geht von dem Einzelvertrage aus. Der Vertragscharakter mit anderen Verträgevereinbarungen — Kollektiv- verträge — kann daher nicht verlangt werden, gleichviel welches Argument in Frage kommt. Die Verantwortung, die die einzelnen Kassen der Krankenkasse gegenüber haben, wird nur durch den Einzelvertrag gelöst. Aus diesem Grunde dürfen auch im Reichs-Abkommen nur bezugsweise Bestimmungen, Prüfungs- und andere Ausschüsse, die zur Durchführung des Vertragszweckes für unentbehrlich erachtet werden, nur im beiderseitigen Einverständnis vereinbart werden. Hierbei ist davon auszugehen, daß sie im Sinne des Berliner Abkommens grundsätzlich partiell zusammen- gefaßt sein sollen.

In einer weiteren Erklärung werden sich die Kranken- kassenverbände gegen das Uebermaß an Beschlüssen und Kommentaren auf dem Gebiete der Reichsversicherung

Konzentration der Vermögen.

Die vom Preussischen Staatlichen Landesamt (siehe unten) vorgenommene Untersuchung über die Verteilung des Ver- mögens in Preußen hat eine interessante Feststellung gebracht: Die enorme Ueberzahl über die Entwicklung der Vermögen- verteilung ist ein Grund der Ergänzungs- (Ermittlungs-) Steuer- Veranlagung in den Jahren 1899, 1911 und 1914 zusammen- gefaßt und kommt zu dem Schluß, daß im diesem Zeitraum die Konzentration der großen Vermögen in den Händen weniger erhebliche Fortschritte gemacht hat.

Nach der Zusammenstellung hatten die 1 940 495 Er- gänzungsteuerpflichtigen zum Jahre 1914 ein Vermögen von 116 Milliarden Mark. Um diese Personen, die eine Milliarde oder mehr besitzen, zu überschauen, gibt es in Preußen noch nicht. Das größte in einer Hand vereinigte Vermögenmager hat im Jahre 1914 nur 492 Millionen Mark zugegeben. Eine Person, die die Verwaltung der einzelnen Milliarden von den größten bis herab zu den kleinsten Vermögen darstellt zeigt, daß im den Besitz der ersten Milliarden im Jahre 1914 nur 5 Personen setzen. Im Jahre 1899, also vor 15 Jahren, ge- hörten 24 Personen dazu. Schon bei der zweiten Milliarde vergrößert sich der Teilnehmerkreis auf 18 im Jahre 1914 und 17 im Jahre 1899 bei der dritten Milliarde auf 33 und 123 Personen. Die ersten 10 Milliarden erreichten bis 1914 auf 24 Personen über auf 197 Steuerpflichtige. Auf die Einzel- vermögen von einer Million Mark treffen wir erst bei der 15. Milliarde (1899) schon bei der 8. Milliarde. Die kleineren Vermögen von 6000 bis 20 000 Mark umfassen nur 33 Milliarden oder noch nicht ganz drei Prozent sämtlicher gesamten Vermögen. Durchschnitt stellen die Besitzer dieser kleinen Vermögen acht Prozent der Gesamtzahl der Steuer- pflichtigen dar. Auch hier ist festzustellen, daß die Zahl der kleinen Vermögen zugunsten der großen seit 1899 abgenommen

hat. Das „Durchschnitt-Vermögen“ jedes Steuerpflichtigen lag von 54 874 Mark im Jahre 1899 auf 59 492 Mark im Jahre 1914. Die Steuerpflichtigen wohnen zu rund 54 Pro- zent auf dem Lande und zu rund 46 Prozent in den Städten.

Durch den Krieg ist eine weitere und zwar stößweise Konzentration des Vermögens eingetreten. Die kleinen Ver- mögen sind noch mehr zum Vorteil der großen aufgerieben worden.

Aufhebung der Freizügigkeit. Der Zugang von Kriegerfrauen vom platten Lande nach den Städten wird aus sehr begründlichen Gründen nicht gern gesehen; es wird des- halb alles getan, um die Kriegerfrauen zu veranlassen, auf dem Lande zu bleiben. So wenig man aus einer allgemeinen Abwanderung in die Städte das Wort reden kann, so sehr können Fälle eintreten, wo diese Abwanderung für die Krieger- familien geradezu zu einer bringenden Notwendigkeit wird. Eine Kriegerfrau mit drei Kindern war im Oktober vorigen Jahres aus Pommern nach Spandau verzogen, weil dort ihre Mutter und vier verheiratete Schwestern wohnen, deren Män- ner ebenfalls im Felde stehen. Die Frau bezog eine monat- liche Reichsunterstützung von 37,50 Mark und verdiente sich mit Hausarbeiten noch 23,50 Mark im Monat dazu. Mit diesem geringen Einkommen konnte die Familie natürlich den Lebensunterhalt nicht bestreiten; die Frau wandte sich deshalb an den Kreis Pyritz um Gewährung einer Zulagsunterstützung. Der Kreisrat lehnte, wie dem „Berliner Tageblatt“ ge- meldet wird, dieses Gesuch ab und gab als Grund an, daß die Frau „nicht aus berechtigten und bringenden Gründen den Aufenthalt gewechselt habe.“ Die Folge ist natürlich, daß die Familie sich in bitterster Not befindet. Daß auf diese Weise die Freizügigkeit völlig unterbunden wird, kann jedenfalls nicht bestritten werden. Das aber haben die gesetzgebenden Körperschaften zweifellos nie gewollt, denn die Unterbindung der Freizügigkeit liegt eigentlich nur im Interesse agrarischer Kreise.

Gewinne aus Staatsbetrieben. Einen Reingewinn von ein und ein Viertel Milliarde Mark erzielt der Staat in Deutschland — Reich und Bundesstaaten — jährlich aus seinen eigenen Betrieben und Vermögen nach den Voranschlägen des Jahres 1913. Die Dr. F. W. R. Zimmermann seiner inter- essanten Arbeit über die Finanzwirtschaft des Deutschen Reiches und der deutschen Bundesstaaten zu Kriegsbeginn 1914 (Ber- lin, V. Göschen, 1916) zugrunde gelegt hat. Es ist das die Gesamtsumme der staatlichen Gewerbeerträge aus den Staats- bahnen, der Post, den Forsten, Domänen, Gruben, Salinen, Fabriken, Steinbrüchen, Bädern, Mineralbrunnen usw. Da- von entfallen auf:

Das Reich	186 800 000 Mark
Preußen	696 784 000
Sachsen	146 293 700
Königreich Sachsen	59 628 500
Bürttemberg	47 103 100
Sachsen	35 349 400
Hessen	20 838 100
Mecklenburg-Schwerin	8 834 700
Sachsen-Weimar	3 234 500
Oldenburg	4 525 500
Braunschweig	8 158 400
Sachsen-Meiningen	2 915 900
Anhalt	4 993 000
kleinere Staaten	6 174 300
Lübeck	2 757 000
Bremen	5 449 000
Hamburg	12 960 000

Insgesamt 1 252 819 100 Mark.

Die Erträge der kommunalen Betriebe von Hamburg, Lübeck, Bremen sind in diesen Angaben nicht enthalten, son- dern nur die der rein staatlichen: der Domänen, Waldungen, Lotterien usw.

Diese Einkünfte des Staates ließen sich durch Verstaat- lichung aller Gruben und Forsten, der Erzeugung elektrischer Energie, der Schiffahrt und bereits verstaatlichter Industriezweige bedeutend vermehren, ohne daß damit eine neue Belastung des Volkes verbunden wäre. Der Staat wird nach dem Kriege diesen Weg auch beschreiten müssen, da anders die ungeheuren Kosten dieses Krieges kaum gedeckt werden können.

Was am billigsten ist. Aus dem „Hannoverschen Tageblatt“ annimmt unter dortiges Parteiblatt diese Angebote:

Verkauf:
Belgische Kriegeraninchen,
14 Stück, 10 bis 12 Wochen alt, à 9 bis
10 Mark; 3 Stück Hahn, 10 bis 12 Monate,
à 20 bis 25 Mark; 3 Stück Kammler, 5 bis
6 Monate, 14 bis 18 Mark.
Vott. Leer, Distr., Wilhelmstraße
Prima Kanarienvogel,
Stück 10 bis 15 Mark.
Burgstraße Nr. 1, 2. Etage.
Ein Kind zu verschenken.
Knabe, drei Monate alt; ohne gegen-
seitige Vergütung. Offerten unter S. 123
an die Exped. d. Ztg.

Ein Hahn kostet 25 Mark; ein Kind wird verschenkt. Gibt es eine schneidendere Kritik unserer göttgewollten Welt- ordnung?

Armenpflege nach dem Kriege. In Leipzig fand die Kriegsfürsorgeleitung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlfahrtspflege statt. Verwaltungsdirektor Dr. Baum- strahlung sprach über die öffentliche Armenpflege nach dem Kriege und forderte für die Uebergangszeit die Errichtung eines Reichsverbandes und Befestigung eines Reichskommissars für Uebergangsfürsorge. Die Fürsorge muß immer mehr durch Sonderzweige ausgebaut werden, weil allein dadurch die Armenpflege eine Einschränkung erfahren könne. Für das ge- samte Armenwesen müsse ein Reichsarbeitsamt und ein Reichs- arbeitsrat errichtet werden. — Die Komplexion der Schaffung dieser neuen Komplexion wäre die Uebernahme der Armenpflege auf das Reich eine Fortsetzung, mit der man sich nur einver- standen erklären könnte, weil damit allein die großen Ungleich- heiten, die bestehen liegen, die heute auf dem Gebiete der Armenpflege bestehen.

Ueber weibliche Bedienung

eröffnet: Das Wirtschaft Buche und Keller eine Zu- schrift. In der es u. a. heißt:
In den öffentlichen Lokalen hat sich ein Wandel mit der Bedienung vollzogen. Waren man dort, ist man mit den

weiblichen Kräften, die eingestellt wurden, sehr zufrieden. Wenn nicht rechtzeitig vom Staate Vorkehrungen getroffen wor- den, werden eine Menge Geschäfte die weibliche Bedienung be- halten, und es läme eine große Misere für die Frauen. Weiblich der weiblichen Bedienung vorberand der Wort gegeben wird, ist leicht zu erkennen. Während der Kellner vom Publikum und auch von den Prinzipalen mehr od- minder barsch behandelt wurde, jede Loune des Gastes zu tragen mußte, ist man gegen die holde Weiblichkeit rückwärts- voller. Infolge der rückwärtsvolleren Behandlung wiederum sind die weiblichen Elemente freundlicher und verbindlicher als die Kellner. Wahrscheinlich würde sich nach jahrelanger abgeheuten Arbeiten dieselbe verdrissliche Abgestumpftheit bei der weiblichen Bedienung zeigen, die man namentlich in der Großstadt bei dem Kellner antrifft. Sind die Ein- kommensverhältnisse bei Männern geringer, dann leidet die Zufriedenheit im Beruf darunter. Frauen sind auch im all- gemeinen verträglicher und ruhiger, sie trinken und rauchen nicht, kennen die wechselnden Einnahmen nicht. Sie sind in- folgedessen mit geringerem Verdienst zufrieden, was nach- langer geschäftlicher Praxis beim Manne nicht der Fall ist. Der Vorteil für die Kellner wird sein, daß sich das Publikum durch Frauenbedienung einen höflichen Ton angewöhnt hat (hoffentlich auch alle Wirte, R. B.), was der männlichen Be- dienung nachher zustatten kommen dürfte. Die unglückseligen Trinkgeldeverhältnisse in unserm Beruf werden stets hinder- lich sein, das Niveau der Angestellten zu heben. Und trotz- dem arbeitet kein Beruf herartig lange und anstrengend, wie der Gastwirtsberuf. Darum wäre zu erhoffen, daß endlich feste Schlußstunden eingeführt würden, damit der An- gestellte weiß, wann er nach Hause kommt. Wären die Ein- kommensverhältnisse nicht zeitweise recht gute, würden sich mit der Zeit wahrscheinlich keine Leute mehr für den Beruf finden, die niemals einen Sonntag oder Festtag haben.

Ein 40-Millionen-Geschäft. Vor einigen Tagen war in der „Deutschen Tageszeitung“ folgendes Inserat zu finden:

Sie, beauftragt, für einen deutschen Fürsten 40 Millionen durch Ankauf von Herrschaften festzulegen. Es kommen nur erstklassige Objekte 5- bis 20 000 Morgen und darüber in Frage. Aus- führliche Anstellungen erbittet M. Nicol, Berlin W. 30, Barbarossastraße 31, Kurfürst 4143.

Dazu schreibt die „Rheinische Zeitung“: Diese 40 Mil- lionen Mark würden wahrscheinlich der jetzt zur Ausgabe kommenden fünften Kriegaanleihe sehr willkommen sein. Wenn der „deutsche Fürst“ sein Geld aber in „Herrschaften“ anlegen will; so dürfte er von der Annahme auszugehen, daß diese einen höheren Gewinn als fünf Prozent abwerfen werden.

Literatur

— **Zwei Jahre ...!** Weltkriegsbetrachtungen eines Sozialisten. Von Dr. Max Adler. Preis 70 Pf. (90 Heller).
— **Volksgeundheit.** Illustrierte Monatschrift des Verbandes Volksgeundheit, Köhlschreiber i. Sa.
— **Helden und Helden.** Von Dr. Hermann Deller. Mit zahl- reichen Abbildungen nach Originalaufnahmen. Preis geheftet 1 Mark, gebunden 1,80 Mark. Stuttgart, „Kosmos“, Gesellschaft der Natur- freunde, Geschäftsstelle Franckh'sche Verlagsbuchhandlung.
— **Der Arbeiter als Persönlichkeit.** Von Richard D. Koppin. Führer-Verlag (H. Rothmann), Berlin SW. 61. Band 1 der „Bücher für Volkstultur“ (herausgegeben von Adolf Armin Rothmann). Preis 0,50 Mark.



Denken an uns!
Sendei
Galem Aleikum
(Mohlmandstück)
Galem Gold
(Goldmandstück)
Zigaretten.
Willkommenste Liebesgabe!
Preis: Nr. 3 4 5 6 8 10
4 5 6 8 10 12 Pf. d. Stück.
einschließlich Kriegsaufschlag
20 Stück feldpostmäßig verpackt portofrei!
50 Stück feldpostmäßig verpackt 10 Pf. Porto!
Orient Tabak- u. Cigarettenfabr. Venedig, Dresden
im Hugo Ziegler, Nonnenstr. 5, M. Königsberg, Sachsen.
Trustfrei!

Gemeindefürsorge und die Vorstrafen des Angeklagten vom Schöffengericht bemessen war, nicht nur der weiten Teil zurückzuführen, sondern auch die angeführte Urteilsveröffentlichung in Wegfall gebracht hat. Angesichts dieser Milde, die bei der in der höheren Instanz vorausgehenden höheren Einsicht sicher als gerechtfertigt anzusehen hat das Schöffengericht, um Anschluß an die Auffassung des Berufungsgerichts zu gewinnen, die Strafe nur auf 100 Taler festgesetzt. Die Strafkammer hat den Wink mit dem Empfinden offenbar verstanden. Sie hat nämlich das milde Urteil des Schöffengerichts aufgehoben und die Strafe auf 100 Mark festgesetzt, daneben auch auf Veröffentlichung des Urteils erkannt.

Kriegsgewinne. U. G. Hochofenwerk G.m.b.H. Am Geschäftsjahr 1915/16 hat die Gesellschaft einen Betriebsgewinn von 2,17 Millionen Mark erzielt (2,17 i. V.). Die Abschreibungen wurden mit 1,38 Millionen Mark bemessen (1,01). Es bleibt ein Ueberschuß von 784.000 Mark (1,11), woraus eine Dividende von 5 Prozent (5), die bisher höchste Dividende seit Bestehen der Gesellschaft, vorgeschlagen wird. — **Wagfabrik.** J. C. u. H. Dietrich u. G. Der Aufsichtsrat beschloß der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent (6 Prozent) i. V. vorzuschlagen.

Danziger Nachrichten

Stadtverordnetenwahlen.

Die Wahlen der dritten Abteilung sind vom Magistrat anmehr festgesetzt worden. Der erste Wahlbezirk dieser Abteilung wählt in 8 Lokalen am Mittwoch, den 25. Oktober, zu ihm gehören die Reichstadt, Speicherinsel, Schidlich, Teile der Altstadt und der Außenwerke und einige Straßen der Niederstadt. Der zweite Wahlbezirk, zu dem andere Teile der Altstadt und der Außenwerke, Langfuhr, Gigantenberg, Schellwühl, Neufahrwasser und Neuschottland gehören, wählt in 10 Wahllokalen am Freitag, den 27. Oktober. Der dritte Wahlbezirk, Niederstadt, Altschottland, Stadtgebiet, Holm, Kronl., Strohdach, Weichselmünde, Kralau, Westlich Neufähr und St. Albrecht, wählt in 12 Wahllokalen am Montag, den 29. Oktober. Die Wahldauer ist von 10 bis 2 Uhr vormittags und von 4 bis 10 Uhr nachmittags festgesetzt. Der Antrag der Parteileitung auf Verlegung der Wahl auf einen Sonntag ist aber wieder abgelehnt worden. Jeder Wähler erhält vom Magistrat noch eine besondere Einladung, die er zur Ausübung seines Wahlrechts als Legitimation mitbringen und dem Wahlvorstande vorlegen muß. Die Abstimmung erfolgt leider nicht, wie in Warschau, geheim, sondern öffentlich. Der Wähler muß die Kandidaten laut dem Wahlvorstande nennen. Für die um Heeresdienst einberufenen Bürger ruht das Wahlrecht.

Aus dem Bericht über die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins wissen die Genossen, daß die hauptsächlich in Frage kommende Gruppe der konservativ-zentristischen Bürgerpartei eine **burgfriedliche Verständigung** mit der Sozialdemokratie auch für diese Wahl abgelehnt hat. Man hält so sehr an dem vollkommenen Ausschluß der sozialdemokratischen Bürger vom Rathaus zäh und beharrlich fest. Schon um wenigstens gegen dieses Unrecht zu protestieren, hat die Sozialdemokratie die Wahlbeteiligung beschlossen. Diese Parole macht es allen unsern Genossen und den Freunden der sozialdemokratischen Kandidaten zur Pflicht, für die Wahlbeteiligung zu werben und zu stimmen. Diese sind für den ersten Bezirk: auf die Dauer von 6 Jahren: Fr. Fr. Fr. und G. Reimann; für 2 Jahre: E. Sellin. Im zweiten Bezirk auf 6 Jahre: A. Barrei und G. Reimann. Im dritten Bezirk auf 6 Jahre: J. Gehl und G. Reimann.

Die Zentrumspartei bemüht sich unter Führung des Pfarrers Sawahki und des Kaufmanns Klawitter schon lebhaft um rege Wahlbeteiligung ihrer Anhänger.

Stadtrat Heins Zusammenbruch.

Als in der Stadtverordnetenversammlung am 26. September der von Stadtrat Hein geschaffene Zustand der städtischen Güter und ihrer unglückliche Ausschaltung bei der Ernährung der Danziger Bevölkerung besprochen wurde, fehlte der Angegriffene. Mehrere Stadtverordnete hielten mit ihrem Staunen darüber nicht zurück. Oberbürgermeister Scholtz trat aber auch in dieser Hinsicht für ihn ein. Anklagend erklärte er, daß Hein infolge der seit vielen Monaten offen und vereinzelt gegen ihn gerichteten Angriffe ganz kaputt und nervös zusammengebrochen sei. Er habe ihm daher nicht zumuten können, zur Sitzung zu kommen. H. habe aber auch durch ein ärztliches Gutachten nachgewiesen, daß er krank sei. Wir haben schon in der letzten Nummer gesagt, daß der Oberbürgermeister und der Arzt sich über den Zustand Heins unbeeinträchtigt besorgt haben müssen, denn er hat seine infolge des Vertrauens des Oberbürgermeisters sehr umfangreiche Amtstätigkeit bereits am 30. September wieder aufgenommen. Aber auch über den Gesundheitszustand, in dem sich der ehrenamtliche Stadtrat und hochhonorierte landwirtschaftliche Sachverständige am 26. September befunden hat, muß der Oberbürgermeister und ebenso der beteiligte Arzt sich grundlegend geäußert haben. Während ihn Oberbürgermeister Scholtz als fecklich zusammengebrochen behaupte und seine Ankläger so zum Mitleid aufrief, sah Hein feierlich und vergnügt in der Konfession auf dem Langenmarkt bei einem solennen Spielchen, dem er mit dem üblichen Glück oblag! Diese erfreuliche Nachricht dürfte manche Stadtverordnete und gewiß auch den Oberbürgermeister von schwerer Sorge befreien.

Das mißverständliche Verständnis des Oberbürgermeisters für seinen Günstling Hein machte schon in der Stadtverordnetenversammlung allseitig stutzig. Um ihn zu rechtfertigen, nannte Sch. sogar zwei Güter von 24 Hufen Bodenfläche klein. Die Milchmenge von 800 Liter war ihm unbedeutend. Neukrüger lag für ihn so weit, daß dessen Milch nicht in die Stadt geliefert werden konnte. In der Stadtverordnetenversammlung wurde dieser Einwand, ohne daß es den Oberbürgermeister, im mindesten beeinträchtigte, reslos in seiner völligen Haltlosigkeit bloßgelegt. Es wurde gefragt, weshalb denn nicht ein Motorboot die städtische Milch von Neu-

krügerstampe zur Stadt bringen könnte. Mehrere Hausfrauen machten uns nun auf eine andere, sehr bequeme und gar nicht kostspielige Art des Milchtransports aufmerksam. Sie fragten uns, weshalb denn nicht das städtische Automobil, das Oberbürgermeister Scholtz für seine Fahrten benutzte, die Milch zur Stadt bringen kann. Wir müssen uns auf die von uns begehrt gewünschte — Bekanntgabe dieser sehr verständlichen Anfrage beschränken. Sonst sind unsere Beziehungen zum Rathaus leider nicht so, daß wir darauf antworten können.

Die Milchnot ist hier inzwischen beängstigend gestiegen. Nach einer Veröffentlichung des Magistrats kann die Abgabe von Vollmilch nur noch auf Karten und selbst für diese nur beschränkt erfolgen. Es sollen nur noch Kinder unter sechs Jahren, Kranke nach ärztlicher Verordnung und unter gleicher Voraussetzung ältere Personen Milch erhalten. Erst dieser traffe Notstand hat eine Änderung der Haltung der Stadtverwaltung herbeiführen können. Jetzt soll, wie erst am 11. Oktober mitgeteilt wurde, die Milch von Grabenerwald und Neukrügerstampe endlich doch nach Danzig gebracht werden. Hoffentlich geschieht dies nun auch wirklich ungestört! Angesichts der schweren Folgen dieser Milchnot darf es aber bei dieser widerwillig zugelassenen Maßnahme nicht bleiben!!! Außer den genannten beiden Gütern hat die Stadt Danzig noch für insgesamt 104.200 Mark landwirtschaftlich nutzbare Besitzungen verpachtet! Davon sind für 6280 Mark Fischereipächten und für 4250 Mark Pacht für Mählegrundstücke. Alle diese Pächten sind für die Ernährung unserer Bevölkerung von höchster Wichtigkeit! Was hat die Stadtverwaltung nun getan, um die Erträge dieser Güter zum Nutzen der Bevölkerung auf die Pächter der Danziger Bevölkerung zuzuführen? Hoffentlich gibt das städtische Kriegsernährungsamt schnell und befriedigend Antwort! Gegen die großen Gefahren der Milchnot genügt noch viel weniger als sonst das Papier und die Tinte der längsten Verordnungen. Hier heißt es schnell und durchgreifend handeln!

Molkereibesitzer Friedrich Dohm

und seine Verkäuferin Hedwig H. hatten sich wegen Betrüges durch Mindergewicht beim Butterverkauf zu verantworten. Sie waren vom Schöffengericht freigesprochen, die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein. Nach der Aussage des Polizeikommissars wurde der ganze abgewogene Buttervorrat des Angeklagten am 24. Dezember (Weihnachtsheiligenabend) nachgewogen, und zwar mit dem Einschlagepapier. Dabei ergab sich, daß an allen Halbpfundpaketen 10 bis 15 Gramm fehlten. Nach einem Gutachten des Vorsteheramts der Kaufmannschaft ist es handelsüblich (!), daß das Einschlagepapier mitgewogen wird. Andernfalls wäre das Mindergewicht noch größer gewesen. Es handelte sich um Auslandsbutter, die dem Angeklagten zum Verkauf übergeben war. Er hatte am Pfund 11 Pfennig Gewinn. Das Gericht kam zur Freisprechung, weil die Angeklagten nicht die Absicht gehabt haben, die Kunden zu betrügen. Eine Höchstpreisüberschreitung liege deshalb nicht vor, weil für Auslandsbutter kein Höchstpreis vorgeschrieben war. — Die Handelsüblichkeit, daß man Papier für Butter bekommt und bezahlen muß, ist schon sehr beachtlich. Noch wertvoller wäre, die Gründe zu wissen, aus denen das Gericht die Ueberzeugung erhielt, daß der Hauptangeklagte — neben Dieb der größte Molkereibesitzer Danzigs — trotz des fehlenden Beweises keine Benachteiligung der Kunden wollte! Hoffentlich veranlaßt die Freisprechung nicht die Fortsetzung des sehr seltsamen, und von den Käufern mit Recht als schwere Schädigung empfundenen Verfahrens.

Die Reichskonferenz und die Danziger Sozialdemokratie.

Die außerordentliche Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt vom 9. Oktober, die im Bürgergarten tagte, zeigte eine neue Erscheinung insofern, als sie politisch durch Kommissar Günther und einen Unterbeamten bewacht wurde. Zunächst berichtete Genosse Gehl über den Ausgang der Verhandlungen mit der Bürgerpartei wegen Ueberlassung einiger Mandate zur Stadtverordnetenwahl. Nach mehr als dreimonatiger Frist habe man eine burgfriedliche Verständigung von bürgerlicher Seite abgelehnt. Der Vorstand empfahl unter diesen Umständen selbständige Beteiligung. Boh vertrat die Ansicht, daß diese Wahlbeteiligung zwecklos sei. Bartel unterstützte den Vorschlag des Vorstandes. Darauf beschloß die Versammlung mit großer Mehrheit selbständige Wahlbeteiligung. Als Hausbesitzerkandidat soll in allen 3 Bezirken der dritten Abteilung Genosse Reimann aufgestellt werden. Im übrigen wurden die Kandidaten wie folgt aufgestellt: 1. Bezirk: Früngel, Reimann, Sellin. 2. Bezirk: Bartel, Reimann. 3. Bezirk: Gehl, Reimann. Dann vollzog sich ein höchst sonderbarer Vorgang. Als Früngel zur Berichterstattung über die Reichskonferenz das Wort erhalten hatte, forderte Boh es, er erkläre nun, daß er sich mit seinen Freunden der Minderheit mit Rücksicht auf die politische Ueberwachung, weil sie sich dabei nicht offen aussprechen könnten, nicht an der weiteren Verhandlung beteiligen würde. Er fordere daher seine Freunde auf, das Lokal mit ihm zu verlassen! Erstlichweise blieb dieser Sprengungsversuch, der gegen die eigene Partei ausgeführt wurde, ohne Erfolg. Die weitaus größte Mehrzahl der Anwesenden, zirka 100, ging nicht hinaus. Von mehreren Seiten ist uns berichtet, daß die Parole Boh nur von etwa 25 bis 30 Personen befolgt wurde. Während ihres Auszuges rief ein besonders lebhafter Angehöriger der Minderheit H. laut gegen den Vorstand durch den Saal: „Ihr habt die Polizei bestellt!“ Wer sich nicht selbst einer ehrlosen Handlung beschuldigen will, hat die Pflicht, für diese ungeheuerliche Beschuldigung den Beweis zu liefern. Wir warten um so mehr darauf, als gerade der Rufer aus persönlicher Erfahrung am besten weiß, daß keiner der Genossen, die er meinte, der Tat fähig ist, der er sie leichtfertig beschuldigte. Schließlich muß der Schmäbung derer, die man einst Kampfgenossen nannte, eine Grenze gesetzt werden. Deshalb kann

dieser Vorfall nicht durch den erteilten Ordnungsruf erledigt sein. Darauf referierte Früngel über seine Eindrücke von der Konferenz und erklärte sich mit ihm. B. schloß voll einverstanden. — Er habe dort entgegen seiner früheren Anschauung, erkennen müssen, daß die Landesverteidigung der springende Punkt bei den Auseinandersetzungen in der Partei sei. Für sie müsse man bedingungslos eintreten und könne sie nicht mit politischen Schwagergeschäften verbinden. Zur Spaltung hätte es niemals kommen dürfen; berechtigte sachliche Gründe beständen dafür auch jetzt nicht. In der Debatte wendete sich Gehl gegen den Vorwurf, daß der Vorstand oder sonst ein Parteigenosse der Mehrheit die politische Ueberwachung veranlaßt habe. Im übrigen äußerte er sich, wie später auch Früngel und Bartel, im Sinne der Mehrheit der Partei. Die abgezogene Minderheit hatte eine Resolution zur Beschlußfassung hinterlassen, durch die beschlossen werden sollte, daß die Reichskonferenz kein Recht zu Beschlüssen gehabt habe! Für diese Zumutung stimmten nicht einmal die anwesenden Genossen, die nicht bedingungslos auf dem Standpunkt der Mehrheit stehen. Einstimmig beschloß die Versammlung dafür folgende Resolution:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen der Reichskonferenz voll und ganz einverstanden! Sie erkennt insbesondere an, daß die Friedensresolution David und Genossen die gegebenen Richtlinien für die Politik der Sozialdemokratischen Partei darstellt.“

Dann wurde noch folgende Resolution, im zweiten Teile gegen nur 4 Stimmen, im übrigen einstimmig beschlossen:

„Die Versammlung verurteilt aufs Schärfste das partizipierende Treiben der Minderheit. Sie erblickt in dem Verlassen des Saales die Weigerung parteiweiser Zusammenarbeit zu ermöglichen. Die Versammlung beauftragt daher die Parteileitung, falls das die Organisation zerschneidende Sondervorgehen auch in Zukunft beibehalten wird, die statutarisch gegebenen Schritte dagegen zu unternehmen.“

Dann wurden die Genossen Jäpel und Schmidt für einberufene Mitglieder in die Pressekommission gewählt.

Berufsverurteilung!

Die konservative Danziger Allgemeine Zeitung veröffentlichte am 9. Oktober in der Nummer 237 folgenden Inserat des Großgrundbesizers Montu, das als Zeichen der Kriegszeit historischen Wert haben dürfte:

Kontraktbrüchig wurde Dampfplugsführer Szejanski und sein Sohn (Maschinist).
Warne vor Annahme, da Strafantrag und Entschädigungsansprüche für Stillstehen des Pfluges gestellt sind.
Montu-Groß-Saatal bei Strajchin.

Von sozialer Neuorientierung verrät diese öffentliche Warnung nicht eine Spur. Die Ursachen des behaupteten Kontraktbruchs werden nicht einmal angedeutet. Ist es aber erkaunlich, wenn Arbeiter unter Verhältnissen, wo noch solche „Befestimmungen“ und ihre klar ersichtlichen Folgen möglich sind, der Neigung zum Wechsel folgen?

Fahrradverkehr.

Bis zum 15. Oktober 1916 sind die Bereifungen, zu deren Weiterbenutzung die Erlaubnis der Militärbehörden nicht erteilt worden ist, bei der zuständigen Ortsbehörde auf dort erhältlichen gelben Meldebögen zu melden. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Meldepflicht auch diejenigen trifft, die die Gewährung der Erlaubnis zur Weiterbenutzung ihrer Bereifung beantragt, bis zum 15. Oktober 1916 aber noch keine Entscheidung erhalten haben. Nach der Verordnung vom 12. Juli 1916 waren Anträge auf Freigabe unverzüglich zu stellen; Anträge, die jetzt erst gestellt werden, sind zwecklos, da auf eine Entscheidung bis zum 15. Oktober 1916 nicht mehr zu rechnen ist.

Belangt die Erlaubnis des Militärbefehlshabers ausnahmsweise nach dem 15. Oktober 1916 in den Besitz des Antragstellers, so muß zur Vermeidung der angeblichen Entziehung bei der Ortsbehörde unter Vorlage der Erlaubnis die Berichtigung der dort geführten Meldebögen und des eingereichten Meldebogens beantragt werden.

Starker Sturm

herrschte am Mittwoch, der sich besonders am Nachmittag und abends steigerte. Er entwickelte solche Kraft, daß die neu-



Trustfrei Trustfrei

„Unsere Marine“
Zigarette
2 1/2 Pfg.
einschließlich Kriegsaufschlag

Trotz Steuererhöhung
behalten unsere Zigaretten ihre
alten anerkannten Qualitäten!

Georg A. Jasmanski Aktien-Gesellschaft

gebauter Meisthülle auf dem Hof der Caserne des Telegraphen-Bataillons in Langfuhr am Großen Ogerplatz gegen 4 Uhr zusammenstürzte. Der Landsturmmann Nordan wurde von den stürzenden Mauern erschlagen. Die Landsturmlieute Bohle, Stricker und Mecke sind schwer verletzt. Leichtere Verletzungen erlitt Landsturmmann Feltl. Der Bau soll solide ausgeführt und der Einsturz, der die Längsmauern völlig umlegte und das Dach abdeckte, nur durch die Gewalt des Sturmes verursacht sein. Kurze Zeit vor der Katastrophe hatten etwa 200 Mann in der Halle Wohnung erhalten. So hat der Unfall verhindert, daß die Zahl der Opfer erheblich größer wurde.

Ermäßigung des Brotpreises.

In einigen Tagen, wahrscheinlich vom 16. Oktober, tritt eine Verbilligung des Brotes ein. Die Anregung dazu gab, wie wir mitteilten, ein Antrag des Genossen Gehl.

Der Preis für 1000 Gramm Roggenbrot wird von 38 auf 35 Pfg. herabgesetzt, für die gleiche Menge Roggenmehl von 42 auf 40 Pfg. Um diese Verbilligung zu ermöglichen, mußte ein Ausgleich, wie es auch in Berlin geschah, durch Heraushebung des Preises für Weizenmehl erfolgen. Da in Danzig der Verbrauch an Weizenmehl nur zu Zwölftel des Bedarfs an Backwaren, gegen sieben Zwölftel in Berlin, beträgt, so mußte eine größere Steigerung als dort vorgenommen werden. Der Preis für 1000 Gramm Weizenmehl wurde von 60 auf 70 Pfg. erhöht.

Die allgemeine Massenmahlzeit

wird schon die nächste, am Dienstag stattfindende Stadtverordnetenversammlung beschäftigen. Geplant ist die fast lückenlose Ernährung aller Einwohner durch städtische Küchen. Es soll Müll- und Abendessen geben. Zwei Zubereitungen

sollen eine Auswahl ermöglichen. Unter Umständen ist die Frage ist bekannt. Auf einem anderen Wege läßt sich zweckmäßige Ernährung der Massen nicht ermöglichen. Höchstpreise allein würden nicht nur dahin, daß besonders die wertvolleren Lebensmittel den Begüterten vorbehalten bleiben. Notwendig ist aber, daß hier bei der Durchführung die Mitwirkung der Arbeiterorganisationen wieder ausgeschlossen wird. In Frankfurt am Main an anderer Orten hat gerade sie die anfängliche Abneigung gegen die Massenmahlzeit überwinden helfen.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur: A. Jartel, Danzig.
Verlag: Volkswacht A. Gehl u. Co., Danzig
Druck: Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Jungstädtisches Gesellschaftshaus
Bes. Aug. Schmiecke Schichaugasse Nr. 6
Sonntag den 15. Oktober
2 Große Vorstellungen
Dinse
Familien-Programm 1888
Nachm. 5 Uhr nur **50 Pfg.** auf allen Plätzen.
Abends 8 Uhr: **Riesen-Programm** 1917
Montag und folgende Tage: **Gr. Vorstellungen**

Familien-Unterhaltungsabend
Sonntag, 22. Oktober
im Café Bürgergarten, Steppuhn
Konzert • Theater • Vorträge
Zum Schluß
Gänseverlosung
Anfang 3 Uhr 1884 Eintritt 30 Pfennig

Wochenplan des Danziger Stadttheaters.
Montag, 16. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: „Das Dreimäderlhaus“, Singpiel, Musik nach Franz Schubert v. H. Berle.
Dienstag, 17. Oktbr., abends 7 1/2 Uhr: „Das Märchenkind“, Tragödie von Walter Hasenauer.
Mittwoch, 18. Oktbr., abds. 7 1/2 Uhr: „Fidelio“ von Beethoven.
Donnerstag, 19. Oktbr., abds. 7 1/2 Uhr: „Klein Eva“, Lustspiel von Olga Dr. darauf Ballet.
Freitag, 20. Oktbr., abds. 7 1/2 Uhr: „Die Leiden des Werther“ v. Goethe.
Sonnabend, 21. Oktober, abends 7 Uhr: „Wallensteins Tod“ von Friedrich v. Schiller.
Sonntag, 22. Oktober, nachmittags 3 Uhr: „Dufel Verward“, Lustspiel von Friedmann und Kottow.
Abends 7 1/2 Uhr: „Das Dreimäderlhaus“, Singpiel, Musik nach Franz Schubert v. H. Berle.

Volksvorstellung im Stadttheater
Am Sonntag den 15. d. Mts.
::: nachmittags 3 Uhr :::
Minna von Barnhelm.
Die Eintrittskarten sind in folgenden Geschäften zu haben:
Für die innere Stadt: bei Gebr. Wetzel, Langgasse Nr. 1, Langgasse 81 und Stadtgraben Nr. 8, Firma Lankoff, III. Damm 78 und Borstsch. Graben 12/14, Rosmerowski, Schichaugasse 16 und Koh. Ziehm, Weidengasse 47.
Für Langfuhr: bei Gebr. Wetzel, Hauptstraße 34.
Für Neufahrwasser: bei Fleischermeister Köster, Olivaerstraße 68.
Für Schönblick: bei Frau Marie Borowski, Karthäuserstraße 80.
Für Stadtgebiet: bei Bäckermeister Bremer, Stadtgebiet 19.
Für St. Albrecht: bei Brauereibesitzer Gamm, St. Albrecht 50.
Für Kneiphof: bei Kaufmann Kämmer, Kneiphof 15/18.
Für Siganterberg: bei Restaurateur Sebastian, Opigstraße 17.
Für Heubude: bei Kaufmann Blank, Heubudestraße 33.
Für Bräsen: bei Kaufmann Wegner, Danzigerstraße 2.

Trauer-Blumen
in reichster Auswahl.
Julius Goldstein
zu billigsten Preisen.
Langenbühlengasse 4, gegenüber der Markthalle.

Jeder Platz kostet 30 Pfg. Die Eintrittskarten werden in geschlossenen Umschlägen verkauft, die gezogen werden. Der Preis ist vorher zu entrichten. Ein Teil der Umschläge enthält nur eine Eintrittskarte, der andere Teil zwei für benachbarte Plätze. Mehr als 4 Eintrittskarten soll niemand kaufen. Ein Umtausch oder eine Zurücknahme der eingekauften Eintrittskarten findet nicht statt. Der Verkauf wird am Freitag mittag geschlossen.
Danzig, den 10. Oktober 1916.
Der Magistrat.

Lustige Blätter
Durch wundervolle Bilder und packenden Text
Das humoristische Zeitblatt aller Selbstgrauen und Dahingeblichenen!
Tausende von Selbstpostbriefen beweisen, daß jede Nummer der „Lustigen Blätter“ als „Liebesgabe“ besonders willkommen ist und immer wieder bei ganzen Truppen reellen fröhliche Stimmung verbreitet hat.
Selbstpost- und Probe-Abonnements monatlich: nur 1,20 Mark bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.
Verlag der Lustigen Blätter, in Berlin SW. 68.

Neue-Welt-Kalender für 1917
ist für 50 Pfg. nach auswärts 1,00 Pfg. Porto zu beziehen durch die Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32

Wir empfehlen, soweit wie angängig,
Kartoffeln
auch in größeren Mengen von den Friedenslieferanten zu beziehen, sofern diese in den Kreisen Danzig-Höhe, Karthaus, Berent und Neustadt wohnen.
Aus anderen Kreisen kann Bezug in kleineren Mengen beantragt werden. Anmeldungen für sämtliche Bezüge werden entgegengenommen.
Magistrat, Pfefferstadt 38, I.

Die Zeit ist da!
Ihren Ulster oder Paletot einzukaufen
Meine schicken Fassons Meine billigen Preise
Meine enorme Auswahl Meine gediegene Verarbeitung
erregen die allgemeine Bewunderung der Käufer.
Mass-Abteilung: Ich führe die neuesten Stoffe, liefere vorzügliche Arbeit zu den heutigen Verhältnissen entsprechend mässigen Preisen
Sämtliche Neuheiten für Herbst und Winter sind eingetroffen
Fertige Anzüge :: Lodenjoppen :: Pelzjoppen
Paletots :: Ulster :: Bozener Mäntel :: Capes
Grösste Auswahl in Jünglings- und Knaben-Bekleidung
Tel. 2121 **J. Rosenbaum**, Breitgasse Nr. 128 29
Alleiniger Lieferant des Konsum-Vereins für Danzig
Bitte um Beachtung meiner Schaufenster

Karbid-Lampen
Karbid- und Taschenlampen, Sprechmaschinen, Schallplatten, Nähmaschinen, vor- und rückwärtsnähend. 1815
A. Hein, Breitgasse 113.
Volkswacht
Danzig
Paradiesgasse Nr. 32
Druckarbeiten
Bereine n Private in moderner Ausstattung
Spezialität: **Massenaufträge**

Echt gefächelten **Schnupftabak** offeriert
garant. rein.
Julius Gosda, Rohlabatgroßhandlung und Schnupftabakfabrikant,
Danzig, Ede Hälergasse 5 u. 2. Priestergasse 5. Fernspr. 2428
Jeder liest in der
Albert Bonnier's 30 Pfennig-Bücherei
Die besten Werte der modernen Literatur
Buchhandlung Volkswacht
Paradiesgasse Nr. 32
Gelesene Nummern der Volkswacht werfe man nicht achtlos fort, sondern lasse sie von noch Fernstehenden zukommen.



Keinen Tropfen Wasser
Dr. Gontner's Des-Wachs-Rederputz Nigrin durch das Bedecken des Schutzzeugs eindringen bei fortwährendem Gebrauch. Eine rauchdichte, hochglänzende, durch Wasser und Schnee unzerstörbare Wachsfläche bildet sich auf dem Leder, welche das Eindringen des Wassers verhindert. Nigrin färbt nicht ab.
Sofortige Lieferung auch Dr. Gontner's Schuhzeit-Strahlmittel und Universal-Franz-Lederseife.
Heerführerplakate.
Fabrikant: Carl Gontner, Chem. Fabrik, Göttingen (Württemberg.)